Freitag, 6. Juli 1923. | Einzelnummer 500 Mark. | 62. Jahrgang. Nr. 149.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 300.— M.
Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M
" Reklameteil 1000.— p. M
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Haltung Amerikas gegenüber der europäischen Krise.

Über die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber der europäischen Krise und das Urteil der amerikanischen Bevölkerung in den großen politischen Fragen, die Europa bewegen, gibt der Beitrag eines Deutsch-amerikaners in der deutschen Wochenschrift „Die Hilfe" Aufschluß. Es heißt darin: „Die große Bedeutung, die die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten für ihre Politik hat, nötigt zu einem Blick auf das Bild der Presse in Hinsicht auf den Ruhreinbruch. Hier läßt sich folgendes sagen: Daß Frankreich den Versuch macht, im Wege der „Zwangsvollstreckung" für den Eingang seiner Forderungen zu sorgen, finde man allgemein verständlich. Ob es sich dabei an den Buchstaben des Rechtes gehalten hat, interessiert weniger; man neigt aber immerhin mehr dazu, den Vertrag von Versailles im französischen Sinne auszulegen. Die von Frankreich angewendete Methode wird — abgesehen von den krassen Einzelheiten der Durchführung — nicht grundsätzlich verworfen; man bezweifelt zwar ihre Zweckmäßigkeit, will aber nicht endgültig dazu Stellung nehmen, ehe nicht der Erfolg oder Mißerfolg bewiesen hat, ob das Experiment richtig oder falsch war. Eine Ausnahme hiervon bildet — abgesehen natürlich von den in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen — die Hearst-Presse, die in der heftigsten Weise **gegen** die französische Aktion Stellung nimmt und sie als imperialistisch und annexionistisch brandmarkt, freilich nicht um ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zugunsten Deutschlands zu fordern, sondern um ihre ewige Warnung vor jeder amerikanischen Beteiligung an den rettungslos verfahrenen europäischen Angelegenheiten zu begründen. Eine zweite Ausnahme bilden einzelne Blätter, wie die „New York-Tribune" und verschiedene westliche Zeitungen, in deren Spalten der alte Kriegshaß gegen alles Deutsche noch unverändert fortlebt. Deutlich kommt in der amerikanischen Presse der Gedanke zum Ausdruck, daß Frankreichs Aktion durchaus verwerflich und nicht zu dulden wäre, wenn sie anderen Zwecken als der Beitreibung der Reparationsschuld, nämlich dem politischen Ziele der Zerstückelung Deutschlands diene. Den Beweis hierfür hält man jedoch nicht für erbracht.

Soviel von der Presse. Was die „wahre" öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten betrifft, so kann sie naturgemäß nur bei Gelegenheit von Wahlen positiv in die Erscheinung treten. Vorher kann man sie nur ahnen und instinktiv empfinden. Die Ansicht von Kennern geht dahin, daß diese verborgene Volksmeinung dem französischen Abenteuer wesentlich ablehnender und einem Eingreifen des Bundes in die europäischen Wirren weit sympathischer gegenübersteht. Der Amerikaner ist seiner Natur und Erziehung nach für „fair play"; er ist vom Sport her gewöhnt, daß nach dem Kampf die Gegner sich die Hand schütteln und einander nichts nachtragen; er hält es für unanständig, einem besiegt am Boden liegenden Feind nachträglich Fußtritte zu verabfolgen; dem Imperialismus und Militarismus als Prinzip ist er abhold. Frankreich tut also im gegenwärtigen Zeitpunkt alles, um sich die frühere Sympathie des Amerikaners mehr und mehr zu verscherzen. Das ist keineswegs gleichbedeutend mit dem Erwachen einer deutschfreundlichen Stimmung in Amerika; davon ist dieses Land, in dem vor ganz kurzem erst die letzten Särge seiner Seite an Seite mit Franzosen gefallenen Söhne eingetroffen sind, noch weit entfernt. Aber man glaubt doch zu empfinden, daß das Gefühl, in Europa werde ein schlechtes Spiel gespielt, in Verbindung mit dem stark ausgeprägten Bewußtsein der ungeheuren Macht des Landes und dem aus diesem Machtbewußtsein fließenden Verantwortlichkeitsgefühl im Amerikaner immer stärker wachsen läßt, seine Regierung möge eingreifen, um die ganze Sache endlich einmal in Ordnung zu bringen. Alles das gilt natürlich nur für den amerikanischen Bürger, den nicht unmittelbare geschäftliche Interessen nach der einen oder anderen Seite ziehen.

Ist eine solche „geheime öffentliche Meinung" wirklich vorhanden, so wird der Politiker, der sie erkennt, schon vor den Wahlen mit ihr rechnen und arbeiten. Es hat fast den Anschein, als ob der Senator Borah, eines der fähigsten und tatkräftigsten Mitglieder der republikanischen Partei, auf diesem Instrument zu spielen beabsichtigt. Eine außerordentlich wirksame Stütze würde er dabei in den Stimmen der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung finden, die seit dem Kriege auf dem Wege sind, sich sehr glücklich zu organisieren und einzustellen, indem sie den ihnen als Amerikanern im innerpolitischen Leben des Volkes gebührenden Platz und Einfluß zu gewinnen trachten.

Es mag sein, daß sich aus diesen Momenten — ungeachtet der französischen Propaganda, die so stark am Werke ist wie nur je — eine Hoffnung für Deutschland aufbaut. Selbstverständlich keine solche, auf ein aktives Eintreten Amerikas auf deutscher Seite, sondern lediglich die Hoffnung auf eine wahrhaft unparteiische und faire Vermittelung im Reparationskonflikt und nach dessen Lösung auf die Mithilfe Amerikas bei der finanziellen Regelung der deutschen Schuld.

Als eine der Hauptgrundlagen einer endgültigen Regelung der europäischen Verwickelung wird eine amerikanische Anleihe an Deutschland und eventuell ein Schuldennachlaß an die Alliierten betrachtet. Bisher allerdings zeigte die amerikanische Hochfinanz gegenüber den geldbedürftigen Staaten Europas eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Sehr eigenartig sind gewisse Ausführungen des Pariser „Chicago Tribune", die die Frage beantworten sollen: „Warum stellt Amerika für die Wiederherstellung Europas keinen Dollar zur Verfügung?" In einem Washingtoner Bericht des Blattes sind eigenartige Gründe für die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten angeführt. „Der Krieg hat zu lange gedauert", heißt es in der „Chicago Tribune". „Von den Alliierten, in der Hauptsache Frankreich, wurde eine Verständigung mit dem kaiserlichen Deutschland absolut zurückgewiesen. **Wilsons Programm** kam für Europa zu spät, denn es konnte nicht mehr im Geiste seines Schöpfers, der von den Siegern „überrannt" wurde, verwirklicht werden. Ja, das Programm Wilsons hat über Europa Unheil gebracht, denn es dient heute den Sozialisten als Grundlage einer Politik, die -- wenn der Versailler Vertrag fortbesteht, — nur Kampf und Reibung schwerer Natur bringen kann. Wilsons Programm ließ den **Nationalitätenstreit** entstehen, entwickelte bei den kleinen Nationen einen maßlosen Ehrgeiz und den **Hang zum Imperialismus** und führte in Frankreich zu militärischen Regungen. All' diese Erscheinungen außenpolitischer Natur wirken auf Amerika aber nicht so stark ein, wie die innenpolitischen Kämpfe, wie der Ansturm des Sozialismus auf die noch bestehenden Grundfesten der mitteleuropäischen Staaten." Welches diese Grundfesten sein sollen, verrät die „Chicago Tribune" nicht. Etwa der Großkapitalismus, die Trustbildung, die Allgewalt der Finanzmagnaten? Daß die Arbeiterklasse gegen derartige Grundfesten anstürmt, ist eine Selbstverständlichkeit, die man ihr wohl kaum übelnehmen kann. „Nicht die Außenpolitik der europäischen Staaten ist es," so fährt das amerikanische Blatt fort, „die Amerika vor einem Geldopfer zurückschrecken läßt, sondern deren Innenpolitik. Der Sozialismus ist den Amerikanern unbekannt, besitzt keinen Einfluß im Parlament; man hält ihn für den Totengräber der Wirtschaft und der Finanzkraft des Landes. Wenn ein Vermögen zerstört ist, so läßt es sich nur durch Arbeit, Ordnung und Sparsamkeit wiederherstellen. Europa hat die umgekehrte Richtung eingeschlagen. Es rief: „Wir müssen produzieren," glitt aber dabei immer tiefer in den Sozialismus hinein, in ein System, wo der Verbrauch die Produktion übersteigt. Dadurch hat es, zur Enttäuschung Amerikas, seine Geldwirtschaft zerstört und die ökonomischen Verhältnisse in Unordnung gebracht. Die Verschleuderung, die den Zerstörungen des Krieges folgte, stürzte einige Länder in katastrophale Wirrnisse und zermürbte Europas Kräfte. Das deutsche Beispiel ist charakteristisch."

Aus diesen Mitteilungen ziehen französische Regierungsblätter den Schluß, daß eine internationale Anleihe für Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zustande kommen kann. Der französische Ultranationalist Bainville benutzt die Gelegenheit, um gleichzeitig gegen die deutschen und die französischen Sozialisten Stimmung zu machen und den letzteren zu drohen, man werde ihnen um der amerikanischen Dollars willen die Flügel stutzen. Deutlicher als in den Ausführungen der „Chicago Tribune" kann die tiefe Kluft, die Amerika von Europa trennt, und das mangelnde Verständnis für die inneren Verhältnisse der europäischen Staaten sich nicht kundgeben. Immerhin steht zu erwarten, daß diesmal Amerika doch in die europäischen Verhältnisse eingreifen wird, falls nämlich Frankreich in der Ruhrfrage keine Vernunft annimmt. Amerika wird in dieser Angelegenheit nicht etwa intervenieren, sondern wird mit England zusammen einen Druck ausüben, der Frankreich zur Regelung seiner Schuld an Amerika veranlassen soll.

*

Ein amerikanisches Zeugnis.

Der frühere amerikanische Vertreter in der Interalliierten Rheinlandkommission, Pierrepont B. Noyes, hatte vor zwei Jahren nach seinem Ausscheiden aus jener Kommission in der amerikanischen Presse einen Artikel veröffentlicht, in dem er aus-

Die Aenderung im Finanzministerium.

Zum Rücktritt Grabskis schreibt uns unser Warschauer Sonderberichterstatter noch folgendes:

Wenn man die Wahrheit gestehen will, so muß man sagen, daß — die französische Ruhraktion es gewesen ist, die Herrn Grabski zum Rücktritt veranlaßt hat. Natürlich unter gütiger Mitwirkung der Rechten und ihrer Presse, die dem Finanzminister alle die Sünden zur Last legte, die in ihren Augen den Zusammenbruch der polnischen Mark verursacht haben. Auch Herr Grabski konnte nicht voraussehen, bis zu welcher Hartnäckigkeit der Vernichtungswille Frankreichs gegenüber Deutschland gehen werde und wie schwer infolgedessen der Zusammenbruch in Deutschland und im Zusammenhang damit auch in Polen sein werde. Im März hatte Herr Grabski den Versuch unternehmen wollen, mit der Einführung des polnischen Goldfranks die polnische Mark zu retten. Er war der Meinung, daß die polnische Mark stabilisiert werden könne, wenn es gelänge, diese Złotywährung an die Stelle der Papiermark zu setzen. Er wollte diese neue, theoretisch neue Münzreichseinheit schaffen, und schon im April, als die Verhältnisse bereits drohend, aber dennoch bedeutend besser waren als jetzt, drängte er darauf, daß die Währungsreform im Sejm zur Beratung käme. Daß diese immer wieder verschoben wurde, ist nicht seine Schuld. Der Wert des Złoty sollte entweder nach dem Kurswert des Schweizer Franken oder nach dem Goldwert in London oder nach der Indexziffer der wichtigsten Artikel des Lebensunterhaltes festgesetzt werden. Grabski erklärte sich für die letztere Methode. Aber trotz der eingehendsten Untersuchungen ist man sich bis jetzt nicht darüber einig geworden, welche Methode der Złotyberechnung nun eigentlich eingeführt werden solle. Der Finanzminister hat nun einstweilen eine Emission von 50 Millionen Złoty nach dem Wert des Schweizer Franks ausgegeben, und er hat sogar die Banken gezwungen, große Beträge dieser Emission zu kaufen, indem er ihnen sonst die Zulassung als Devisenbank verweigerte. So mußte einer der größten jüdischen Bankiers für ungefähr 2 Milliarden Polenmark von dieser Złotyanleihe nehmen. Das geschah damals zum Kurse von 5—6000 und der Minister räumte anläßlich der Geldknappheit Kredit ein. Nun müssen die Banken zahlen. Der Złoty hat nun infolge der Markentwertung einen Kurs von etwa 17 000 statt der 6000, zu dem ihn die Banken gekauft haben. Man hat also die Banken gewissermaßen gezwungen, einen Milliardengewinn zu machen. Den Verlust trägt naturgemäß das polnische Schatzamt. Die ganze Operation, um Devisen zu erlangen und die Mark zu halten, ist also kläglich mißlungen.

In die neuen vom Sejm unter den größten Mühen angenommenen Steuergesetze ist eine Klausel aufgenommen, nach welcher **alle Steuern entsprechend den statistischen Indexausweisen** gezahlt werden müssen. Also eine ähnliche Währungsfestsetzung, wie sie Grabski mit dem Złoty beabsichtigte. Nun soll noch in diesem Monat in den Kommissionssitzungen die Währungsreform vorbereitet und dann vom Sejm beraten und angenommen werden. **Durch den Rücktritt Grabskis ist dies alles auf das äußerste erschwert worden.** Jedenfalls aber ist die Einführung der Złotywährung und der Złoty selbst nun ein äußerst brüchiges Element geworden. Vor allem die Lodzer Industrie, die gegenwärtig bei dem unglaublichen Geld- und Devisenmangel die schlimmsten Zeiten durchmacht, hatte von der Einführung des Złoty eine Rettung aus der jetzigen widrigen Lage erhofft. Was hier nun werden soll, ist vollkommen dunkel. Auch die Landesdarlehenskasse, die sich mit der Unterstützungsaktion der Mark über ihre Kräfte angestrengt hat und heute noch nicht den Bestand an fremden Valuten besitzt wie im Dezember letzten Jahres, kann wohl kaum der Lodzer Industrie in dem Maße helfen, in dem sie selbst diese Hilfe an Krediten nötig hat. **So kann man wohl sagen, daß es Frankreich geglückt ist, mit seiner Ruhraktion — Polen gründlich zu ruinieren.**

Der neue Finanzminister, Herr Hubert Linde, der sich am 3. Juli zum ersten Male und zwar in der Kommission für Finanzen, in seiner neuen Eigenschaft präsentierte, wird kaum bessere Maßregeln zur Rettung finden können, wie sein energischer und kluger Vorgänger Grabski. Wenn auch Herr Linde, als Direktor der Postsparbank seine geschäftliche Begabung in mehr als einer Richtung bewiesen hat. Wie Herr Kiernik, der Innenminister, dessen Gebahren als Direktor des Hauptlandamtes bedenkliche Kritiken hervorgerufen hatte, so hat auch Herr Linde, als er unter Paderewski Postminister war, die Öffentlichkeit eingehend beschäftigt. Er hatte damals sogenannte kleine Trampczyński-Marken herstellen lassen, die nur den Liebhabern zu teuren Preisen zugänglich gemacht wurden, was ihm sogar im Sejm die lebhaftesten Anklagen von seiten des Sozialisten Daszyński eingetragen hatte.

Beratung des polnischen Militärbudgets.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Das Budget des polnischen Staates umfaßt ein dickleibiges Buch, und in den wenigen Wochen bis zum 23. Juli soll es in den Kommissionen erledigt werden. Die Kommission für das Budget wird daher einen besonderen Fleiß entwickeln und nicht weniger wie viermal in der Woche vormittags und nachmittags verhandeln. Zunächst steht das Militärbudget zur Beratung, das bereits lange Diskussionen auslöste. Den Bericht erstattete der Nationaldemokrat Czetwertyński, und was er sagte, war nicht bedeutungslos: **Das Militärbudget verschlingt 2500 Milliarden!** Dafür hat es aber auch, aus allerhand Verkäufen, ganze 84 Milliarden Einnahmen. Der Referent setzte nun auseinander, daß Polen gezwungen sei, eine starke und große Armee zu unterhalten, woran seine schwierigen Grenzen und seine schlimme geographische und strategische Lage die Schuld trüge. Er hätte hinzufügen sollen, daß eine Außenpolitik, die sich bestrebt, die Gegensätze wenigstens nach einer Seite zu mildern (wozu auch eine vernünftige Politik gegenüber den Minderheiten gehört), viel dazu beitragen könnte, diese Mängel der geographischen Lage auszugleichen. Aber der Referent tat das nicht. Er klagte vielmehr darüber, daß die Polen eine große Unlust zum Steuerzahlen an den Tag legten, und wenn es nicht gelänge, diesen Fehler zu beheben, so werde dies ein Grund zur Schwäche sein. Das Kriegsministerium arbeite normal. Aber angesichts der großen Gefahren müsse es übernormal arbeiten, sonst genüge das nicht. Lange verbreitete er sich über die moderne Kriegstechnik und meinte, alle Nationen versuchten gegenwärtig die Heeresstärke herabzusetzen und für die Ersparnisse die neuesten Erfindungen auf kriegstechnischem Gebiete einzuführen. Das gleiche müsse auch Polen tun, was sich namentlich auf die Ausstattung der Luftflotte, die Verbesserung der Gaskampfmittel und ähnliches bezieht. Am Nachmittag gab es eine abwechslungsreiche Diskussion, als von seiten einiger Herren der Rechten die Frage erhoben wurde, wozu eigentlich das polnische Militärblatt diene, die „Polska Zbrojna", die dem Staate viele Millionen koste. Diese plötzlich erwachte Sparsamkeit hat nämlich seinen Grund darin, daß das Blatt bei Gelegenheit des Rücktritts Piłsudskis die Gefahren schilderte, die nun die ihres beliebten Führers beraubte Armee ausgesetzt sei, und die in glühenden Farben das Lob Piłsudskis malte, dafür aber die Regierung schwer tadelte, die diesen Rücktritt verursacht habe. Die Diskussion wurde vertagt.

Die Sensation des Tages bildete ein scharfer Zusammenstoß zwischen dem Kriegsminister Szeptycki und dem zurückgetretenen Generalstabschef Piłsudski, der im Kriegsrat bei der Beratung wichtiger Verwaltungsfragen infolge einer allzu scharfen, gegen den Kriegsminister gerichteten Kritik entstand. Der Kriegsminister hat seinen ehemaligen Waffenkameraden angeblich auf Pistolen gefordert, aber bereits heute sucht man den Vorfall in seinen Folgen abzuschwächen, und somit ist anzunehmen, daß die Sache beigelegt werde. Immerhin wirft der Vorgang ein Licht auf die Gegensätze, die bei den höchsten Militärstellen seit dem Rücktritt des vom größten Teil der Armee vergötterten Piłsudski entstanden sind, und die nun auch in der Budgetkommission bei der Beratung des Militärbudgets und dem Kampf um das Militärblatt „Polska Zbrojna" zutage treten. Das Blatt ist noch in der Hand der Piłsudski freundlichen Linken, die im Heere starken Anklang findet, und die Aktion der Mitglieder der Rechtsgruppen ist lediglich darauf gerichtet, das Blatt diesen Einflüssen zu entziehen. Die noch kommenden Diskussionen sind also von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung.

führte, das Ziel der französischen Politik sei die Ruhrbesetzung und deshalb werde diese kommen, was Deutschland auch immer leisten möge. Wir haben vor kurzem an diesen Artikel erinnert. Denn die Fähigkeit des Herrn Noyes, die kommende Entwicklung richtig zu prophezeien, beruhte ja auf der intimen Kenntnis der französischen Politik, die er sich in der Interalliierten Rheinlandkommission anzueignen Gelegenheit hatte. Jetzt veröffentlicht er im Tagebuch Betrachtungen, die vielleicht nicht sehr viel Neues bringen, die aber beachtenswert sind, weil hier ein gänzlich unvoreingenommener und besonders gut unterrichteter Amerikaner spricht.

Die gegenwärtige Lage ist nach seiner Ansicht von zwei entscheidenden Faktoren herbeigeführt worden; dem ersten, daß die Kriegsentschädigung Deutschlands unermeßlich viel zu hoch angesetzt worden ist, und dem zweiten, daß Frankreich dies weiß und immer gewußt hat, und daß es vorsätzlich eine Zahl erzwungen hat, die zu deutschen Verfehlungen führen mußte. „In jedem Augenblick seit dem Jahre 1920 war Frankreichs politische Macht in den Händen von Männern, die die Zerstörung Deutschlands als viel wichtiger betrachteten, als den Erhalt von Reparationen."

Zur Höhe der Deutschland abverlangten Zahlungen stellt Noyes eine sehr einfache Betrachtung an: Das französische Nationalvermögen wurde 1871 von einem französischen Kabinettsmitglied auf ungefähr 125 Milliarden Franken geschätzt, so daß die ihm abverlangte Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franken 4 Prozent des Nationalvermögens darstellte. Das deutsche Nationalvermögen nach dem Kriege werde mit 300 Milliarden Goldmark sicherlich schon sehr weitgehend angesetzt; das „hochgelobte barmherzige Londoner Kompromiß" verlange 132 Milliarden Goldmark, 43 Prozent von Deutschlands Nationalvermögen. (Hierbei ist zu erwähnen, daß vor dem Londoner Ultimatum schon viele Milliarden Goldmark in Sachwerten von Deutschland der Entente überliefert worden waren.) Weiter aber hatte Frankreich der Krieg von 1870/71 weniger als 6 Prozent seines Nationalvermögens gekostet, dagegen der Weltkrieg Deutschland zwischen 30 und 40 Prozent. Trotz dieser Konstellation würde Frankreich in den Jahren 1871/73 die Kriegsentschädigung nicht haben zahlen können, „wenn es nicht Kredit besessen hätte, der in jeder Weise von den Neutralen und **sogar von Deutschland unterstützt wurde**, andererseits hat die Politik der Alliierten vom ersten Tage des Waffenstillstandes an darauf abgezielt, **den Kredit Deutschlands in der Welt zu zerstören."**

Zum amerikanischen Nationalfeiertag.

Am Mittwoch wurde in den Vereinigten Staaten der Jahrestag der Erlangung der Unabhängigkeit begangen. Ministerpräsident Witos und der diplomatische Protokollchef in Vertretung des Außenministers haben in der amerikanischen Gesandtschaft eine Glückwunschvisite gemacht.

Ehrenbankett für Pilsudski.

Am Dienstag abend fand im Hotel „Bristol" in Warschau ein Festessen zu Ehren des aus dem Heere ausscheidenden Marschalls Pilsudski statt. Es nahmen ungefähr 200 Personen daran teil, darunter der frühere Außenminister Skrzyński, der frühere Ministerpräsident Ponikowski, der frühere Minister Mikułowski-Pomorski, Chodźko und Makowski, die Abgeordneten Dąbski, Thugutt und Popiel, andere Abgeordnete und Senatoren, Literaten und andere Persönlichkeiten. Auf das Wohl des Marschalls Pilsudski toastete als erster der Abg. Anusz. Ihm folgten Moraczewski, Professor Dr. Michałkiewicz von der Warschauer Universität und Senator Limanowski. Marschall Pilsudski hielt dann eine einstündige Rede, deren Inhalt wir morgen bringen werden.

Das Duell zwischen Pilsudski und Szeptycki ergebnislos.

Wie der Berichterstatter des „Dziennik Poznański" erfährt, hat das Duell zwischen dem Kriegsminister Szeptycki und dem früheren Generalstabschef Pilsudski bereits am Sonntag, 11 Uhr vormittags, stattgefunden und ist nach einmaligem Kugelaustausch ergebnislos verlaufen.

Der neue polnische Gesandte in Berlin

Olszowski, hat, wie bereits mitgeteilt, dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht und damit sein Amt angetreten. Dr. jur. Kasimir Olszowski ist im Jahre 1877 auf dem Familiengute Mieronice in der Wojewodschaft Kielce geboren. Im Jahre 1918 wurde Dr. Olszowski von seiner Regierung zur Friedenskonferenz nach Paris delegiert, wo er die Interessen Polens in der Reparationskommission, der Finanzkommission, sowie im volkswirtschaftlichen Ausschuß wahrnahm. Im August 1919 erhielt er die Stelle eines Departementsdirektors im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Warschau. Um die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reiche festzulegen, unterschrieb Anfang Januar 1920 Dr. Olszowski in Paris eine Anzahl von Abmachungen mit den Vertretern Deutschlands in Angelegenheiten, welche durch den Friedensvertrag noch keine Regelung erfahren hatten. Kurze Zeit darauf kam es zu Abmachungen mit Sir Reginald Tower, dem provisorischen hohen Kommissar der Freien Stadt Danzig. In der ersten Hälfte des Monats August 1920, während des Bolschewisteneinfalls in Polen, sandte ihn die Regierung nach Minsk, um mit den Sowjets über den Abschluß eines Waffenstillstandes zu verhandeln. Im Oktober ging Dr. Olszowski als Bevollmächtigter der polnischen Regierung nach Paris zwecks Anknüpfung von Verhandlungen mit den Vertretern des Deutschen Reiches, um die Frage des Transits nach Ostpreußen zu erledigen. Diese Verhandlungen fanden ihren Abschluß durch die Unterzeichnung eines Übereinkommens vom 21. April 1921, wodurch eine der wichtigsten schwebenden Angelegenheiten zwischen Polen und Deutschland ihre Erledigung fand. Im selben Jahre führte Dr. Olszowski Verhandlungen mit der Freien Stadt Danzig, und im September desselben Jahres ging er als polnischer Delegierter zu den Sitzungen des Völkerbundes nach Genf. Gleichzeitig wurde ihm die Vertretung der oberschlesischen Angelegenheiten vor deren Entscheidung übertragen. Nachdem der Botschafterrat die bekannte Entscheidung über Oberschlesien gefällt hatte, wurde Dr. Olszowski mit der Aufgabe betraut, die bekannte Genfer Konvention mit den Vertretern Deutschlands über die oberschlesischen Interessen abzuschließen. Im Juni des gleichen Jahres betraute ihn die Regierung mit der Führung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Im Juli desselben Jahres unterschrieb er gleichzeitig mit dem Vertreter Deutschlands, Herrn von Stockhammern, das grundlegende Protokoll. Die mündlichen Besprechungen begannen im gleichen Jahre in Dresden im Monat September und führten zum Abschluß von fünf Konventionen.

Polen nimmt nicht an der Konferenz der kleinen Entente teil.

Die Meldung der halbamtlichen tschechischen „Prager Presse" und der „Vossischen Zeitung", daß Polen an der zum 20. Juli nach Sinaja einberufenen Konferenz der kleinen Entente teilnehmen werde, wird von polnischer Seite dementiert. Polen könne, weil es nicht zum Verband der Staaten der kleinen Entente gehört, auch nicht an der Konferenz teilnehmen.

Über die außerordentliche Bedeutung dieser Meldung, die nichts anderes als einen völligen Zusammenbruch der Seydaschen Außenpolitik bedeutet, wird das „Posener Tageblatt" morgen eine ausführliche Erörterung bringen.

Republik Polen.

Die Regierung empfängt den Westmarkenverband.

In diesen Tagen wurde eine Delegation des Westmarkenverbandes vom Staatspräsidenten, vom Ministerpräsidenten, vom Außenminister Seyda und Kriegsminister Szeptycki in Audienz empfangen. Die Delegation setzte die notwendigen Postulate der Westmarken auseinander. Ganz besonders eingehend wurde die Frage der Liquidation und die Frage der Optanten behandelt.

Weitere Verschiebung der Devisenabgabe an die P. K. K. P.

Das Finanzministerium hat das Inkrafttreten der Verfügung des Finanzministers über die zwangsweise Einkassierung der Auslandsforderungen durch die Polnische Landesdarlehnskasse bis zum 10. Juli verschoben.

Die brennendste Frage.

Am 4. und 5. Juli fanden in Spała, der Sommerresidenz des Staatspräsidenten, Beratungen über die Finanzlage statt, zu welchen auch der neue Finanzminister Linde hinzugezogen werden soll.

Teuerungskonferenz in Lemberg.

Die Lemberger Wojewodschaft hat auf Donnerstag, den 5. Juli, eine Teuerungskonferenz einberufen, zu der Staatsanwälte, Vertreter der Handelskammer, der Kaufmannskongregation, der Handwerkskammer, des Bäcker- und Fleischerverbandes, Vertreter von Kooperativen und Pressevertreter eingeladen worden sind.

Ende des Eisenbahnerstreiks.

Der Eisenbahnerstreik in Galizien geht seinem Ende entgegen. Die Züge verkehren normal. Die Streikenden nehmen allmählich die Arbeit wieder auf.

Polnische Gruppe der interparlamentarischen Union

In der Dienstagsitzung der Parteivertreter des Sejm und des Senats wurde das Statut der polnischen Gruppe der interparlamentarischen Union angenommen. Der Referent, Senator Buzek, schlug vor, die Delegierten der polnischen Gruppe sollten auf der interparlamentarischen Konferenz solidarisch auftreten. Sein Antrag fand keine Mehrheit.

Bevorstehende Herrschaft des weißen Terrors?

Die „Rote Fahne" bringt nach dem „Manchester Guardian" ein Rundschreiben des polnischen Innenministers Dr. Kiernik an alle Wojewoden, in dem energische Tätigkeit hinsichtlich der Sicherung der öffentlichen Ordnung und ein beharrlicher Kampf gegen die Zersetzungselemente, das heißt die Kommunisten, verlangt wird, deren Tätigkeit der Minister jegliche idealen Motive abspricht, und die er als ein Werkzeug in der Hand der Feinde des Staates bezeichnet. Das Rundschreiben soll von den Wojewoden den Anschluß an die Meinung des Ministers fordern, daß die Kommunisten als Hochverräter mit dem Tode bestraft werden sollen. Die „Rote Fahne" konstatiert, daß die polnische Regierung die Herrschaft des weißen Terrors vorbereitet und die Aktion des Innenministers nicht nur gegen die Mitglieder der kommunistischen Partei wegen bloßer Parteizugehörigkeit, sondern auch gegen die Sozialisten und nationalen Minderheiten gerichtet sei, und sagt zum Schluß, daß Polen dem Faszismus entgegengehe. Das Blatt fordert das internationale Proletariat zum Kampf gegen die „Warschauer Häscher" auf. Diese Anschuldigungen werden von derselben „Roten Fahne" erhoben, die von den polnischen Blättern schon öfters als Kronzeugin für die geheimen Vorbereitungen Deutschlands zum Rachekriege angeführt wurde.

Rücktritt des polnischen Gesandten in Madrid.

Der Rücktritt des polnischen Gesandten in Madrid, Grafen Orłowski, wird endgültig gemeldet. An seiner Stelle wurde Gesandtschaftsrat Zelenski als Geschäftsträger belassen. Der heutige „Expreß" bringt zu dieser Nachricht folgende interessante Enthüllungen: Im Sinne der seinerzeitigen Weisungen der Regierung Sikorski hatte der Gesandte König Alfons die Versicherung gegeben, daß die dem gewesenen Erzherzog Karl Stephan gehörigen Güter in Żywiec keiner Zwangsparzellierung unterzogen werden. König Alfons dankte dem Gesandten für diese Erklärung und drückte, gelegentlich seines letzten Besuches in Brüssel, auch dem dortigen polnischen Gesandten Grafen Sobański, seine Anerkennung aus. Der Regierungswechsel brachte auch die Änderung der günstigen Entscheidung über die erzherzoglichen Güter mit sich. Diese Änderung hat König Alfons angeblich sehr betroffen, so daß die Abberufung des polnischen Gesandten die Folge war. Eine andere Folge soll gewesen sein, daß das Urteil des spanischen Sachverständigen in der Angelegenheit der Delbrückbergwerke für Polen ungünstig ausfiel.

Beunruhigende Meldungen?

Unter dieser Überschrift bringt der „Przegląd Poranny" vom Mittwoch eine Auslassung über die Nachricht von der Einstellung der Ausweisungen Deutscher aus Polen, die das „Posener Tageblatt" am 8. Juni brachte. Das Blatt erklärt, daß diese Nachricht geradezu unerhört und vollkommen unglaubwürdig ist. Unmittelbar unter dieser Auslassung bringt der „Przegląd Poranny" seinen Leitartikel unter der Überschrift: „Ist das nicht zu viel?", worin er folgendes ausführt:

„Die Sache, von der das „Posener Tageblatt" schreibt, entspricht in ihrem ganzen Umfang der Wahrheit. Wir wissen aus glaubwürdiger Quelle, daß die Pommereller Wojewodschaft bereits den Befehl erhielt, die weitere Ausweisung derjenigen Bürger, denen die Wojewodschaft unlängst die Grenzen des polnischen Staates zu verlassen hieß, aufzuhalten. Wir wissen ferner aus derselben Quelle, daß dieser Befehl auf Verlangen des Außenministers Marjan Seyda erging, was eigentlich selbstverständlich ist, da Verhandlungen mit der deutschen Regierung nur vom Außenministerium geführt werden können. Wir begehen keinen Fehler, wenn wir annehmen, daß auch die Posener Wojewodschaft einen gleichen Befehl erhalten hat. Und die Sache ist weder aus sachlichen, noch aus formalen Gründen geringfügig. Sachlich muß betont werden, daß die Ausweisung deutscher Bürger aus Polen die Antwort auf die Repressionen war, die die deutsche

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Oberförster stürzte rasch ein Glas Wein hinunter. „Das sagen Sie so, aber dazu müßte ich doch erst die Einwilligung des Fürsten haben, und der ist zurzeit in der Schweiz, kommt erst im Oktober wieder, um ein paar Schaufler abzuschießen, ich wage überhaupt nicht, ihm Meldung von den Vorfällen zu machen, denn was den Wildbestand anbetrifft, darin versteht er keinen Spaß, eher ließe er sich Bargeld stehlen, als einen starken Schaufler oder Keiler."

„Da sitzen Sie freilich eklig in der Tinte — und — die Polizei wollen Sie wohl nicht erst bemühen?"

„Wozu?" Sauer machte eine wegwerfende Handbewegung: „Unser alter Wachtmeister Barth aus Leiningen bringt doch nichts heraus, und der Gendarm Schneider erst recht nicht, die beiden haben ja viel zu viel Angst, daß ihnen so ein Gauner hinterrücks mal eins auswischen könnte, und bei den jetzigen Verhältnissen kann man das den Leuten nicht mal so sehr verdenken, der Beamte ist dem Gesindel gegenüber ja fast wehrlos und vogelfrei."

Hasso schenkte die Gläser wieder voll: „Bliebe also nur die Möglichkeit, daß Sie mündlich mit dem Briefschreiber verhandeln."

„Das will ich eben nicht, denn lasse ich mich erst einmal mit dem Kerl ein, dann sind mir die Hände gebunden, ich muß ihm doch im voraus Verschwiegenheit zusichern, und mein Wort breche ich auch einem notorischen Lumpen und Verräter nicht."

„Selbstverständlich nicht, nur — ich weiß nicht recht, auf welche andere Weise Sie hinter das Geheimnis der Wilddiebereien kommen wollen!"

Der Oberförster lehnte sich behaglich zurück: „Deshalb bin ich ja gerade bei Ihnen, Herr v. Redern! Wir müssen eben noch mehr Dienst tun als bisher, und wenn ich Sie bitten dürfte, daß Sie auch in Ihrem Revier allen irgendwie verdächtigen Personen und Wagen erhöhte Aufmerksamkeit schenken wollten? Denn davon bin ich überzeugt, daß der oder die Lumpen nicht nur im Oberheider Wildpark räubern, sondern auch gelegentlich andere Jagden unsicher machen und sich bei ihren Diebeszügen eines Gefährten als Beförderungs- und Transportmittel bedienen."

„Darin könnten Sie schon recht haben," Hasso drehte spielend einen auf dem Tisch liegenden Bleistift zwischen den Fingern. „Und natürlich bin ich sehr gern bereit, meine beiden Förster zu instruieren, daß sie öfters mal Patrouillengänge unternehmen. Ich selbst komme ja verhältnismäßig selten ins Revier, denn gerade jetzt gibt es in der Wirtschaft alle Hände voll zu tun."

„Gewiß, gewiß," Sauer nickte, „nur noch eins, Herr v. Redern: vielleicht stellte sich früher oder später mal die Notwendigkeit heraus, daß wir eine Streife durch den Wildpark unternehmen. Könnte ich darauf rechnen, daß Sie mit Ihren beiden Beamten mich hierbei unterstützen, wenn ich Sie vorher telephonisch verständige? Ich würde auch noch den Fußgendarm Schneider und den Wachtmeister Barth zuziehen, zusammen wären wir also dann zehn Männer stark, da kann uns so leicht kein Wilderer auskommen."

„Selbstredend, Herr Oberförster, für eine gelegentliche Razzia habe ich immer Zeit, das ist doch mal eine Abwechslung, und unter guten Nachbarn und getreuen Freunden muß man sich gegenseitig helfen, namentlich heutzutage. Klingeln Sie also jederzeit unbedenklich an, ich stehe stets zur Verfügung!"

Sauer griff nach seinen Wildlederhandschuhen: „Dann danke ich Ihnen schon im voraus für Ihre liebenswürdige Bereitwilligkeit, und nun will ich Sie nicht länger aufhalten Herr v. Redern --, kommen Sie am Sonnabend in acht Tagen zu dem Preisschießen des kynologischen Vereins nach Leiningen?"

„Ich denke doch." Hasso stand auf und drückte seinem Besucher die Hand: „Bitte, empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin, und wegen der Wilddiebereien lassen Sie sich nur keine grauen Haare wachsen, der Krug geht eben so lange zu Wasser, bis er zerbricht; wir werden den Halunken schon mal auf frischer Tat abfassen."

„Na ja, das ist auch ein Trost, aber ein schwacher, denn bis dahin kann der Kerl schon wer weiß wieviel Schaufler und Keiler gemeuchelt haben, und ich habe dann die Suppe auszulöffeln."

Redern begleitete den Oberförster die Treppe hinunter bis vor die Tür: „Also, Weidmannsheil und auf Wiedersehen in Leiningen, wenn ich nicht schon vorher von Ihnen höre."

„Weidmannsdank!" Sauer legte grüßend die Hand an den Hut, dann zogen die Braunen an, und in federndem Trab rollte der Wagen vom Hofe.

Von den Ställen herüber kam der Inspektor Höppner, ein breitschultriger, untersetzter Mann, Ende der Fünfziger, mit einem kurz verschnittenen, grauen Vollbart in dem von Wind und Wetter dunkelbraun gegerbten, pergamentartigen Gesicht und mit einem steifen, stakeligen Gang. Hasso ging ihm ein paar Schritte entgegen: „'n Tag, Herr Höppner! Na, den Bock hätte ich glücklich, er hängt schon in der Wildkammer. Wir haben uns heute ja noch nicht gesehen, gibt es etwas Besonderes?"

„Nicht, daß ich wüßte," der Inspektor schob den Hut zurück, daß die hohe, kahle Stirn mit dem spärlichen Haarkranz an den Schläfen sichtbar wurde. „Die Knechte mähen auf Schlag zehn die letzten dreißig Morgen Weizen, — ich denke, wir werden heute damit fertig werden, auf Schlag vier wird Gerste eingefahren, fünf Gespanne, da schaffen wir es bequem in einem halben Tag, die Kinder sind beim Rübenverziehen auf dem „Schwarzacker" und die Frauen habe ich nach der „Sommerwiese" geschickt, um das Grumt zu wenden, — wenn die Hitze so bleibt, können wir es übermorgen einfahren."

„Schön, dann ist ja alles in Ordnung, weiter war wohl nichts?"

Der Beamte griff in die Joppentasche und holte einen blauen Geschäftsumschlag heraus: „Nur noch eine Anfrage der Zellulosefabrik von Rößl u. Cie., ob wir die hundertzwanzig Festmeter Rollenholz verkaufen wollen —"

„Nein!" Hasso sagte es kurz und hart, während eine jähe, fliegende Röte sein braungebranntes Gesicht dunkler färbte: „Nein, wir haben ja unsere alten, soliden Verbindungen, schreiben Sie den Leuten nur ab."

(Fortsetzung folgt.)

Regierung seit vier Jahren gegenüber polnischen Bürgern anwendet. So hat der Wojewode Brejski den Auftrag gegeben, aus der Pommereller Wojewodschaft zunächst zwölf Pastoren, bekannte Hakatisten, und dann 156 andere Bürger auszuweisen, das heißt die doppelte Zahl der aus Deutschland ausgewiesenen Polen. In der Wojewodschaft Posen wurden in der zweiten Hälfte des Mai 35 deutsche Bürger ausgewiesen. Jetzt sollen infolge der „diplomatischen" Schritte des Ministers Seyda alle Ausweisungen angehalten werden. In diesem neuen Schritt des Ministers liegt schon eine bestimmte Methode des Verfahrens der Nationaldemokraten gegenüber der deutschen Nationalität in den Westmarken. Trotz der fortwährenden Anfälle auf alle möglichen Leute, daß sie mit den Deutschen in Polen und der Reichsregierung fortwährend kokettieren, trotz der Verhöhnung der Aktivisten für ihre Kriegsorientierung und zuletzt der Betonung, daß das Kabinett des Generals Sikorski dank der Unterstützung des deutschen Klubs im Sejm sich am Ruder hielt, wandte und wendet der Block der christlich-nationalen Einheit in der Praxis ganz abweichende Methoden an. Wollte doch der Oberste Volksrat in Posen um keinen Preis darauf eingehen, die Deutschen nach dem großpolnischen Aufstande hinauszuwerfen. Behielt man sie doch auf den Eisenbahnen, in der Verwaltung, in den Landämtern, ja sogar bis zum heutigen Tage sitzen sie in der Posener Wojewodschaft und in städtischen Selbstverwaltungen. Heute tritt Herr Minister Seyda in die Fußstapfen des Obersten Volksrates und erschwert dadurch den Prozeß der Entdeutschung der Grenzmarken, setzt den polnischen Staat einer Demütigung aus und ermutigt die deutsche Regierung zu weiteren Schikanen gegenüber den in Deutschland weilenden Polen. Die Frage der Kolonisten und Optanten kommt infolge der Intervention des Völkerbundes entgegen den klaren und deutlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht von der Stelle, und die Angelegenheit der Hakatisten, die in deutschen Diensten stehen — dank der Diplomatie des Herrn Seyda. Frappierend ist auch die Art der Erledigung der oben erwähnten Sache. Dem Herrn Außenminister passiert es schon das zweite Mal im Laufe seiner einmonatigen Amtstätigkeit, daß Polen von seinen „Taten" aus fremder Presse erfährt. Zuerst war es die Depesche an Benesch und seine Antwort, die vor dem polnischen Volk verheimlicht wurden. Das Außenministerium hat die Antworten von Ministern vieler europäischer Staaten an die polnische Presse gegeben, aber die Antwort von Benesch verheimlicht. Die Tschechen waren natürlich in die Verschwörung nicht eingeweiht und veröffentlichten den Text der Depesche. Dann erst wurde das Volk von der „Gazeta Warszawska" und später vom „Monitor Polski" mit der Depesche unseres Außenministers bekannt gemacht. Und jetzt erfährt es von Verhandlungen des Außenministers mit der deutschen Regierung und von dem durch nichts begründeten Nachgeben gegenüber den Deutschen durch das „Posener Tageblatt". Soll man daraus schließen, daß das „Posener Tageblatt" das Organ unseres Ministers wird, weil es von allen in Polen erscheinenden Blättern als erstes Entscheidungen des Herrn Seyda bringt? Minister Seyda hat keine glückliche Hand. Der tschechischen Affäre ist jetzt die deutsche gefolgt. Beide aber treffen die Lebensinteressen des polnischen Staates. Für einen Monat der Regierung doch etwas zu viel."

*

Zu den Ausführungen des „Przegląd Poranny" bemerkt die politische Schriftleitung des „Posener Tageblattes", daß das „Pos. Tageblatt" leider nicht die Ehre und das Vergnügen hat, das Organ des Herrn Außenministers Seyda zu sein, wie wohl aus seiner Stellungnahme zu der Politik Seydas seit dem Beginn der neuen Regierung hervorgehen dürfte. Die Meldung vom 28. Juni beruhte auf einer Anfrage beim deutschen Konsulat, auf die dem „Posener Tageblatt" die den Tatsachen entsprechende Auskunft erteilt wurde. Die große Erregung des „Przegląd Poranny", eines Blattes, das für Demokratie und Fortschritt einzutreten angibt, ist uns bei diesem Anlaß nicht ganz verständlich. Die Schriftltg.

Die internationale Lage.

Die Beantwortung des englischen Fragebogens.

Poincaré hat dem französischen Botschafter in London Instruktionen erteilt, die den Umfang von nicht weniger als 40 Schreibmaschinenseiten haben. Am 3. Juli nachmittags händige der belgische Botschafter und am späten Abend der französische Botschafter in London Lord Curzon eine Verbalnote der französischen und belgischen Regierung auf das englische Memorandum in der Frage der Entschädigungen und der Ruhrbesetzung ein. Es war noch nicht festgesetzt, ob die Antwort der beiden Länder der englischen Regierung auf der wichtigen Kabinettssitzung am 4. Juli vorgelegt werden sollte.

Die neue belgische Regierung.

In Brüssel stellte am 3. Juli Ministerpräsident Theunis die neue Regierung, die mit der alten vollständig identisch ist, dem Parlament vor. Auch das Programm der Regierung ist, wie Theunis betont, unverändert, mit Ausnahme der Frage der Universität in Gent und der Frage der Dauer des Kriegsdienstes. Beide Fragen müssen so schnell wie möglich erledigt werden. In der Außenpolitik will die belgische Regierung den bisherigen Bündnissen treu bleiben und alle Verordnungen in Kraft erhalten, die zur Erlangung von Entschädigungen und zur Sicherung der Ausführungen des Versailler Traktates nötig sind. Die Regierung will mit aller Entschiedenheit die Rechte Belgiens verteidigen und verurteilt die Schandtaten, denen belgische Soldaten zum Opfer gefallen sind. Belgien ist bestrebt, die Einigung zwischen den Verbündeten wieder herbeizuführen.

Mussolini gegen den aktiven Widerstand.

Auf der Sitzung des italienischen Ministerrates vom 3. Juli erklärte Mussolini über die internationale Lage und die Reparationsfrage folgendes: „Die Lage an der Ruhr hat sich in den letzten Tagen bedeutend verschlechtert. Auf der einen Seite dauert der passive Widerstand, auf der anderen Seite die Besetzung. Auch Italien nimmt Anteil an den mündlichen Verhandlungen, die nach Erledigung der belgischen Krise eingesetzt haben. Italien verzichtet nicht auf die Hauptforderung seines Reparationsplanes, der die Verbindung der Entschädigungen mit den interalliierten Schulden, ein Moratorium für Deutschland, die Aufstellung einer endgültigen Reparationssumme und wichtige Sicherungen wirtschaftlicher Natur vorsieht. Die italienische Regierung ist der Meinung, daß die Weiterführung des **aktiven Widerstandes** nicht im Interesse Deutschlands liegt, da die Deutschen weder auf eine Erschöpfung Frankreichs noch auf irgendwelche Hilfe rechnen können. Es wäre erwünscht, daß Deutschland diese Art von Widerstand unterläßt und dadurch eine Verständigung ermöglicht, denn der Kampf im Ruhrgebiet lastet schwer auf der europäischen Wirtschaft und verhindert fort und fort ihre Gesundung."

Die Stimmung in Paris.

Man ist in Paris sehr ungehalten über die englische Preßkampagne. Man wendet dagegen hauptsächlich ein, daß von den englischen Schritten nur Deutschland den Nutzen habe. Man übersieht vollkommen, daß dies kein ausreichender Gegengrund ist, denn zur Gesundung der europäischen Wirtschaft ist ja gerade eine gewisse Gesundung und eine Stärkung Deutschlands zum mindesten in bestimmten Grenzen eine unentbehrliche Vorbedingung. Die französischen Blätter und Politiker bleiben dabei, Frankreich dürfe und könne nicht nachgeben. **Sonst bräche mit der französischen Ruhrpolitik auch die gesamte Politik Poincarés zusammen.** Der englischen Regierung werden „Angriffe aus dem Hinterhalt" vorgeworfen und mit Befriedigung darauf hingewiesen, daß der Papst nach Ablehnung seines ersten Briefes durch den Senat jetzt bereits gegen die deutschen Sabotageakte protestiert habe. Der „Figaro" sucht die Haltung Englands mit seiner ganzen Lage zu entschuldigen. Außerdem sei England im Kriege nicht verwüstet worden. **Diese Gefühle verstände man sehr wohl in Paris auch, aber damit die französischen Truppen das Ruhrgebiet räumten,** um die deutsche Wirtschaft wieder leistungsfähig zu machen, müßte England einen Druck nicht in Paris, sondern auf Berlin ausüben. Das „Journal" verwahrt sich energisch gegen alle Einschüchterungsversuche seitens Englands und verlangt schleunige Klärung der Lage, so oder so. „Victoire" grault ein wenig vor der Zukunft und beschwört die französische Regierung, nichts zu unterlassen, um eine Katastrophe zu vermeiden, die das Blatt in einem Bruch zwischen Frankreich und England erblickt.

Das Fallen des Franken.

Im übrigen beunruhigen sich die Pariser Wirtschaftskreise außerordentlich über das weitere Fallen des französischen Franken, das sie absolut nicht verstehen wollen. Tatsächlich ist das englische Pfund schon am Dienstag von 75,65 auf 77,05 Franken gestiegen. Auch die übrigen Valuten, so Holland, Amerika, Schweden und die Schweiz zogen außerordentlich an.

Die Stimmung in London

ist auch weiterhin pessimistisch. Belgien versucht eine beschränkte Konferenz aus je zwei Ministern Belgiens, Frankreichs und Englands herbeizuführen, aber England will keine Konferenz, bevor der Fragebogen nicht präzis und bestimmt beantwortet ist. Inzwischen sind ja nun Lord Curzon Verbalnoten Frankreichs und Belgiens überreicht worden, über deren Inhalt aber noch nichts bekannt ist. Man legt keinen besonderen Nachdruck auf die Form der Antwort, **wird aber keine Verschleppungstaktik dulden.** Frankreich und Belgien versuchten, so meint man in England, vom Papst eine Mahnung auf Einstellung des passiven Widerstandes zu erpressen, erreichten aber nur eine Mahnung gegen die Sabotage. Lord Kilmarnock, der englische Vertreter in der Rheinlandkommission, telegraphierte nach London, um Instruktionen zu erhalten bezüglich der Absperrung, die die Bevölkerung der britischen Zone am schwersten trifft.

Ein neuer Umfall Englands?

wäre zu verzeichnen, wenn sich die Meldung gewisser Blätter bestätigte, wonach der französische Botschafter in London St. Aulaire am 3. Juli in Abwesenheit von Lord Curzon von Sir Eyres Crowe empfangen wurde, der ihm versicherte, **daß die englische Regierung nicht die Absicht hat, getrennte Reparationsverhandlungen mit Deutschland einzuleiten oder eine internationale Konferenz einzuberufen** und ebensowenig die Absicht, **Amerika zur gemeinsamen Ausübung eines Druckes auf Frankreich zur Zahlung seiner Schulden aufzufordern.** Die allgemeine Bewegung zwecks Einschüchterung Frankreichs, die jetzt in London geführt wird, liegt, wie gemeldet wird, abgesehen von dem Wunsche Englands, in der Reparationsfrage zur Ordnung zu kommen, darin, **daß man für die englischen Geschäftsinteressen in der Eisen- und Stahlkombination auf dem Kontinent,** die jetzt hinter den Kulissen verhandelt werden, genügende Berücksichtigung verlangt. England hofft in diesen Verhandlungen die größtmöglichste Beteiligung durchzusetzen. (Man sollte die Äußerung eines einzelnen Regierungsvertreters nicht überschätzen. Gegebenenfalls wird die englische Regierung ebenso schnell zum Entschluß kommen, wie 1914 nach Ausbruch des Weltkrieges, wo auch Lord Grey dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky die beruhigendsten Auskünfte gab und ein paar Tage später England den Krieg an Deutschland erklärte. Die Schriftl.)

Die Wahrheit über die Duisburger Brückensprengung.

Von einem Kenner der örtlichen Verhältnisse wird einem deutschen Blatt geschrieben:

„Die große Sprengung auf der Duisburger Rheinbrücke in der Nacht zum 30. Juni, die zu so einschneidenden „Sanktionen" Veranlassung gegeben hat, wird in ihren letzten Ursachen schwerlich jemals aufgeklärt werden, denn **Belgier und Franzosen dürften allen Grund haben, diese Ursache zu vertuschen.** Zur Beurteilung der Sachlage sind nämlich folgende Tatsachen zu beachten, die nur dem eingeweihten Bewohner der besetzten Gebiete bekannt sein können:

Die großen Rheinbrücken bei Duisburg und Düsseldorf sind schon im Januar von den Belgiern und Franzosen selbst unterminiert worden, um im Falle, daß etwas an der Ruhr schief ginge, in die Luft gesprengt zu werden. Dieser Umstand war bereits vor einem halben Jahr den Bewohnern von Düsseldorf und Duisburg allgemein bekannt; die betreffenden Arbeiten wurden von den Einbrechertruppen ganz offen ausgeführt. Schreiber dieser Zeilen hat selbst die Miniergräben damals gesehen. Auch wurden gleichzeitig neben den Brücken durch feindliche Pioniertruppen Übungen im Bau von Pontonbrücken vorgenommen für den Fall, daß die großen festen Brücken gesprengt werden würden.

Daraus geht schon hervor, daß man sich mit dem Gedanken der Brückensprengung seitens des französischen Heeres seit Monaten beschäftigte. Es ist ja auch undenkbar, daß eine einfache Sprengpatrone eine so gewaltige Zerstörung bewirkte, wie sie auf der Duisburger Rheinbrücke vorgekommen sein muß — es sei denn, daß die von den Feinden gelegten Minen dadurch zur Explosion gebracht wurden. Die Dinge lagen dann ebenso wie beim Untergang der „Lusitania" 1915, die weniger durch den Torpedoschuß des Unterseebootes verschuldet wurde als durch die Explosion der von ihr transportierten Munition.

Im übrigen ist folgendes zu beachten: Die Rheinbrücken sind seit Jahren bei Tag und Nacht derart streng von unzähligen Soldaten bewacht, daß **jede unbemerkte Annäherung von Deutschen ein Ding der Unmöglichkeit ist.** Umfangreiche Vorbereitungen, wie sie ein deutscher Sabotageakt an der Brücke selbstverständlich erfordern würde, sind für jeden Kenner der Sachlage ein völlig undiskutierbarer Gedanke. Die maßlose Angst der Belgier vor deutschen Anschlägen war ja gerade an den großen Brücken zu so grotesken Formen gesteigert, daß schon im Sommer auf harmlose Motorboote, die unangemeldet den Brücken auf einige hundert Meter nahe kamen, geschossen wurde und daß sämtliche Scheinwerfer den Rhein unablässig ableuchteten! Wie nervös man in dieser Hinsicht von jeher war, bewies auch das Erlebnis schweizerischer Studenten der Technischen Hochschule Zürich, die im Frühjahr 1922 die Duisburger Rheinbrücke studienhalber besichtigen wollten und die trotz der ausdrücklichen schriftlichen Erlaubnis des belgischen Kommandanten durch einen Bajonettangriff am Betreten der Brücke verhindert wurden. — Nun frage man sich, wie angesichts solcher hysterischen Angst unbemerkt ein deutsches Attentat großen Stils sollte vorbereitet werden können!

Nein, das eine steht für jeden Sachkenner fest: wenn es sich nicht überhaupt um einen Unglücksfall handelte, der bei der Unterminierung der Brücke ja durchaus denkbar ist, so kann ein Anschlag auf die Brücke niemals ohne Mitwirken und Mitwissen feindlicher Soldaten erfolgt sein. Bei der weitgehenden Demoralisierung der französischen und belgischen Truppen, die von dem „Ruhrfeldzug" die Nase gründlich voll haben, ist es sogar höchst wahrscheinlich, daß solche Sabotageakte häufig von unzufriedenen Soldaten herbeigeführt werden."

Der Papst und die „Sabotageakte".

Kardinal Gaspari ist vom Papst ermächtigt worden, zu Händen des päpstlichen Nuntius in Berlin, Pacelli, ein Schreiben folgenden Inhalts zu senden:

„In dem Augenblick, als sich der Papst in seinem Schreiben bemüht hat, die Großmächte zur Einigung auf dem Verhandlungswege zu bewegen, und ans Herz legte, alles zu vermeiden, was die Verständigung erschweren könnte, hat er mit großem Leid von **den Sabotageakten im besetzten Gebiet und anderen Vergehen** unter dem Deckmantel des passiven Widerstandes erfahren. Der Papst beauftragt deshalb den Nuntius, sich dahin zu bemühen, daß dieser aktive Widerstand, den der Papst sehr verurteilt, aufgegeben wird."

Die lästige Verkehrssperre.

Die Auswirkungen der über die Städte Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Hamborn verhängten Sperre für Autos, Straßenbahnen und Fuhrwerke machen sich ganz außerordentlich drückend bemerkbar. Endlose Scharen müder Wanderer ziehen die staubigen Straßen entlang: der eine schleppt einen Sack mit Kartoffeln, der andere einen Sack mit Kohlen. Viele andere tragen Körbe voll Lebensmitteln. Die Männer mühen sich mit Maschinenteilen ab, unter deren Last sie fast zusammenbrechen, und müde Kinder traben weinend neben ihren gramgebeugten Müttern einher. Es ist ein Zug des Jammers. So müssen viele ihre Lasten schweißgebadet drei bis fünf Stunden weit schleppen. Zahlreiche Personen, die am Samstag abend von der Verkehrssperre in Duisburg nichts erfahren hatten und nicht rechtzeitig den Heimweg antreten konnten, kletterten einfach, um sich nicht der Gefahr des Erschossenwerdens auszusetzen, bei fremden Leuten über die Zäune und baten für die Nacht um Obdach, was ihnen auch bereitwilligst gewährt wurde. Auf Stubendielen und Speichern übernachteten manchmal bis zu zehn Mann in einem Hause, um am frühen Morgen ihre mühselige Wanderung fortzusetzen.

Ein Sprachenplebiszit in Elsaß-Lothringen verlangt.

„Leur Muttersprache" höhnen Tag für Tag die Franzosenblätter gegenüber den Forderungen der einheimischen Presse und Parteien auf Pflege und Förderung des Deutschen als der Muttersprache von neun Zehnteln der elsaß-lothringischen Bevölkerung. Der „Elsässer Kurier", das oberelsässische katholische Blatt, macht nun den einleuchtenden Vorschlag, die Frage einer Volksabstimmung zu unterwerfen, um festzustellen, wie viele Elsässer und Lothringer sich zur deutschen Muttersprache bekennen. Auf diese Weise könnte diese Frage in der Tat zwar nicht beseitigt, aber doch einer gerechten Lösung nahe gebracht werden.

Das „Journal d'Alsace et de Lorraine", an dessen Adresse der Vorschlag gerichtet war, hat die Maske daraufhin endgültig fallen lassen. Das wäre ja das Plebiszit, erklärt es haßerfüllt, das von seiten der franzosenfeindlichen Kreise, insbesondere von seiten der Zeitschrift „Elsaß-Lothringen" immer wieder gefordert werde und das Frankreich nie werde zugeben können.

Der „Elsässer Kurier" nagelt diese Abstimmungsfurcht der großspurigen Vertreter des wahren und allein echten Elsässertums mit blutigem Hohn fest: „Man hätte denken sollen, daß die Alsace-Lorrainer auf dieses Angebot springen würden wie der Löwe auf die Gazelle. Wir haben uns wüst getäuscht. Sie wollen nichts davon wissen. „Le plébiscite est fait," schreiben sie. Wann es vollzogen wurde, schreiben sie nicht. Sicher nicht in den Tagen des November 1918, denn der Sprachenstreit ist erst seither aufgetaucht. Damals hat unseres Wissens noch kein normaler Mensch in ganz Frankreich und Navarra zu bestreiten gedacht, **daß das Elsässer-Deutsch die Muttersprache der Elsässer wäre!** Also keine Bajazzo-Sprünge! Das Plebiszit für die Muttersprache ist noch zu machen. **Also machen wir es!** So sagen wir. Die Alsace-Lorrainer aber, wenn sie nur davon reden hören, lassen die Ohren hängen, ziehen den Schwanz ein und nehmen Reißaus."

Baltenstaaten.

Litauische Minister in Paris.

Der litauische Ministerpräsident und der litauische Außenminister sind nach Paris abgereist, um dort neue Verhandlungen über das Memelstatut durchzuführen.

Lettlands Außenpolitik.

In der im lettländischen Parlament vom Ministerpräsidenten und Außenminister Meierowitz verlesenen Deklaration der neuen Regierung heißt es, daß Lettland in seiner Außenpolitik das Hauptaugenmerk auf Wirtschaftsfragen richten werde, indem die entsprechenden Verträge mit dem Auslande ausgestaltet und neue abgeschlossen werden sollen. **Mit Deutschland und Rußland werde eine weitere Besserung der Beziehungen** im Zusammenhang mit der Durchführung der abgeschlossenen Verträge **erstrebt,** besonders bei der Berechnung der Kriegsschäden, und zwar **unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage dieser Staaten.** Der Annäherung der baltischen Staaten untereinander werde die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden, wobei als Endziel die **Gründung des Baltischen Staatenbundes** vorschwebe. Zwischen Estland und Lettland herrsche Interessensolidarität in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, und daher müßten die Bande zwischen diesen beiden Staaten die allerengsten sein. Auch beim Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Litauen werde Lettland bereit sein, über das Meistbegünstigungsprinzip hinauszugehen. Was Polen betreffe, so müßten u. a. die lettländischen Häfen für die polnische Volkswirtschaft zugänglich gemacht werden. Bezüglich der nationalen Minderheiten werde die Regierung deren gerechte Forderungen und nationalen sowie kulturellen Bedürfnisse berücksichtigen; in dieser Richtung werde die rechtliche Lage der Minderheiten Lettlands **mit dem Völkerbunde geregelt werden.**

Die deutsch-estnischen Verhandlungen über den Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Der Vertrag ist bereits unterzeichnet.

Eine neue Konferenz der Baltenstaaten wurde für den 9. Juli festgesetzt. Man wird den Versuch machen, einen baltischen Staatenbund zustande zu bringen, trotzdem in Finnland keine Neigung besteht, eine solche Bindung einzugehen.

Deutsches Reich.

300 Milliarden täglich.

Der letzte Reichsbankausweis für die dritte Juniwoche hat wieder eine riesenhafte Steigerung der Banknotenausgabe gezeigt, wobei diesmal auch die Vorbereitungen für den Halbjahresschluß mit hineinspielen. Die Banknotenausgabe schwoll in der Berichtswoche um den ungeheuren Betrag von 2186 auf 13091 Milliarden an.

Die Metallarbeiter Berlins streiken.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die Vertreter der Metallarbeiter beschlossen haben, wegen der Nichtberücksichtigung ihrer Forderungen in den Ausstand zu treten. Während die Arbeiter 10000 Mark die Stunde verlangten, wurden ihnen nur 9000 Mark zugebilligt. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Ausstandes werden um so schwieriger sein, als hinter den streikenden Metallarbeitern auch andere Berufsorganisationen stehen. Es wird infolgedessen unter Umständen mit einem Generalstreik gerechnet.

Der Groß-Berliner Etat abgelehnt.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung am Freitag wurden sämtliche neuen Steuervorlagen mit den Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und eines Teiles der Demokraten abgelehnt. In der darauffolgenden Gesamtabstimmung wurde der Etat für 1923 gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Demokraten sowohl von den Rechtsparteien wie von den Linksparteien verworfen.

** **Der Mord in Mecklenburg.** Aus dem Reichsjustizministerium wird mitgeteilt, daß der Oberreichsanwalt die Untersuchung wegen des Mordes an dem landwirtschaftlichen Arbeiter Walter Kadow in Parchim an sich ziehen wird.

** In der Schweriner Landtagssitzung, in der der Apotheker Hennecke aus Waren mit 31 Stimmen der Linken zum Finanzminister gewählt wurde, wurden 26 weiße Zettel abgegeben.

Statt Karten!

Frau verw. **Elfriede Kroker**, geb. Anders

Dipl.-Ingenieur, Hauptmann d. R.

Josef Engel aus Wien

Verlobte.

Posen Wittelsbacherstr. 7. Berlin.

Am 3. Juli verschied unser Aufsichtsratsmitglied

Herr Gutsbesitzer

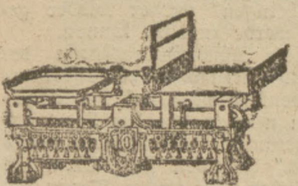
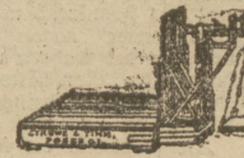
Karl Peper

Bracholin, [7935

im 40. Lebensjahre.

Wir betrauern sein frühzeitiges Hinscheiden und werden sein Andenken stets in Ehren bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand der Spar- und Darlehnsbank Wągrówiec.

Spezial-Reparaturwerkstatt für

Wagen sämtlicher Art und Größe

sowie **neue und gebrauchte Wagen** vorrätig.

Struwe & Timm, Poznań, ul. Półwiejska 25. Telephon 2732.

Kaufe Pianinos

und zahle die höchsten Preise.

Offerten unter **G. 2747** an die **Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań, św. Marcin 40.**

Verkaufe preiswert:

4 1jähr. Zuchtbullen

der schwarzbunten Niederungsrasse, 8½—9 Ztr. schw. 3 Bullen davon sind bei der **Posener Ausstellung** mit Anerkennung (Diplom) ausgezeichnet. [7918

Lorenz, Kurowo, Kościan.

Drahtgepreßtes [7909

Scheunenroggenstroh

gesund und trocken, gibt waggonweise ab

Dr. Schmidt'sche Gutsverwaltung, Leszno (Lissa), ul. Lipowa (Lindenstraße) 21.

Achtung!

8 gußeiserne Fenster, mehrfach geteilt, verstellbar.

2 Guß-Säulen (kompl.)

zu verkaufen. [7933

Frankenreuter, Przybyszewo, pow. Leszno.

Alte Kinderwagen und Verdecke werden neu bezogen.

Sattlerei, Poznań, ul. Szewska 11.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den **Monat Juli 1923**

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Bis Sonntag einschl. | **Teatr Pałacowy** Plac Wolności 6. | Bis Sonntag einschl.

Die Rückkehr des Odysseus.

Allgemeines Interesse erweckendes unblutiges sensationelles Abenteuerdrama in 6 Akten.

In der Hauptrolle **Luciano Albertini** und seine unvergleichliche Partnerin.

Kaufe jeden Posten

grüne Erbsen und Sorte Viktoria

zu höchsten Preisen. [7945

Erbitte umgehende Musterofferten.

„Włościanin" T. z o. p., Poznań,

ul. Dąbrowskiego 65.

Telephon: 2215. Telegr.-Adresse: **Włościanin, Poznań.**

Reisender

für Posen und Danzig gesucht. Deutsch und polnisch perfekt, sicheres, gewandtes Auftreten. [593

Günther Wagner,

Tinten- und Künstlerfarbenfabrik

Danzig-Langfuhr, Pommersche Chaussee 5.

Unverh., tüchtiger, in jeder Hinsicht **einwandfreier**

Inspektor [7921

mit Gymnasialbildung, der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **für 1. Oktober d. J. gesucht.**

Bewerber wollen Zeugnisse **nur** in Abschrift einsenden an die

Güterverwaltung in Karna b. Chobienice.

Zum baldigen Antritt spätestens zum 1. Oktober für 3000 Morgen

älterer Beamter

unter Oberleitung **gesucht**, der beider Landessprachen auch in der Schrift mächtig ist. — Desgleichen auch ein

Rechnungsführer(in),

der die gleichen Sprachkenntnisse wie oben hat. [7939

Oehlrich, Mała Turza, poczta Płośnica.

Jüng. Hilfsförster

zum sofortigen Antritt gesucht.

Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften. Persönliche Vorstellung nur auf Aufforderung. [7934

von Willich'sche Güterverwaltung,

Gorzyń, pow. Międzychód.

Suche zum 1. September d. J. [7915

für meine **beiden Kinder** (Mädchen 13 J., Junge 9 J. alt)

eine für Lyzeum geprüfte

Lehrerin.

Bild, Zeugnisse und Gehaltsansprüche bitte zu senden an

Frau Rittergutsbesitzer Schneider,

Rozanno, Kr. Mogilno.

Zuverl. Buchhalter(in),

Stenotypisten mit polnischen Sprachkenntnissen

von sofort gesucht. [7920

v. Lekow, Kotowiecko, pow. Pleszew.

Suche für frauenlosen Haushalt meines mittleren Gutes **für sofort** oder 1. August **einfache, ehrliche, des Polnischen mächtige**

Wirtin.

Kräfte mit nur guten Zeugnissen kommen in Frage. Ebenso suche für sofort oder später zu meiner Unterstütz.

jungen Beamten.

Ansiedlersohn bevorzugt. — Gehalt nach Uebereinkunft. — Reflektanten wollen sich bitte unt. **F. R. 7917** an die Geschäftsstelle dieses Blattes wenden.

---

1 Pelz

sehr gut erhalten, mit echtem **Sealkragen** und **Marderfutter**, schwarzem Bezug, preiswert **zu verkaufen.**

Wały Jana III 11 I, links.

Empfehle mich als

Schneiderin

in u. außer dem Hause, auch aufs Land. Fertige Wäsche, Damen- u. Kindergarderobe.

Fran Kretschmer, Poznań, Zagórza 5a. [7947

Für meine Schmiede und Schlosserei brauche ich für sofort einen **älteren** [7932

Schmied

mit Handwerkszeug. Suche auch **Schmiedehandwerkszeug** zu kaufen. **Jan Wojciechowski, ul. Kolejowa Nr. 37, Lazarz.**

Dauerstellung in Berlin

erh. eins. ält. Frauenspers. i. früh. posn. Beamtenhaush., 3 Erw., 1 neunj. K. Hausfr. leid. Gute Beh. u. Verpfl. Geh. n. Uebereink. Reiseverg. Off. u. **P. 7906** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Saubere Bedienung

für 2 Stunden täglich kann sich sofort melden. **Piano, Marszałarska 6.**

Stellengesuche.

Von sofort oder 1. August sucht verh. jung. Mann, ohne Kinder, Stellung auf größerem Gut als

Gärtner.

Bin seit 12 J. im Fach gründlich erfahren u. habe bessere Schule besucht. Gefl. Ang. u. **R. 7907** a. d. Geschft. d. Bl.

Staatl. geprüfter Förster

25 J. alt, unverh., beider Sprachen mächtig, tüchtig in seinem Fach, schriftgewandt, sucht evtl. sofort Stellung. Ang. u. **K. 7936** an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wohnungen

Suche ganz einfach

möbl. Zimmer

mit einfacher Pension f. verh. Mann, evgl., der Chauffeur lernt, zu bald od. 1. 8. 23. Off. u. **K. 7919** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zwei möbl. Zimmer (Oberstadt) per sofort oder später von solidem Herrn gesucht. Off. u. **7941** an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 5. 7., abends 7½ Uhr: **„Bohème"**, Oper von Puccini.

Sonnabend, den 7. 7., abends 7½ Uhr: **„Die schöne Helena"**, Komische Oper von Offenbach.

Sonntag, den 8. 7., abends 7½ Uhr: **„Bohème"**, Oper von Puccini.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredry u. Sew. Mielżyńskiego.

Intelligente Dame wünscht ihre Ferien auf größerer Forstwirtschaft oder einem Gute gegen mäßige Vergütung zu verbringen. Angeb. m. Preis u. **G. 7903** a. d. Gschft. d. Bl.

Berufstät. jg. Fräul. sucht 14 Tage **Erholungs-Aufenthalt** mit Verpflegung auf Gut oder Försterei. Gefl. Ang. mit Preis u. **B. 7928** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A Wolnica.

Freitag, 6. Juli, abends 7½ Uhr.

Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr m. Neumondverkündung (Ab) und Predigt, nachm. 4½ Uhr Mincha mit Vortrag.

Sabbatausgang abends 9 Uhr 18 Minuten.

Werktags-Andacht. Morgens 6¾ Uhr und abends 7½ Uhr.

Donnerstag, abends, Jom Kippur Katon.

Synagoge B (Israel. Brüdergemeinde), Ulica Dominikańska.

Freitag, 6. Juli, abends 7¼ Uhr.

Sonnabend, den 7. Juli, vorm. 10 Uhr.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

1. der Zollsekretär **Alexander Majewski**, wohnhaft in **Posen**,
2. die **Rosalia Maria Wiśniewski**, wohnhaft in **Pulkowitz**, Kreis Stuhm,

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in den Gemeinden **Posen** und **Pulkowitz** zu geschehen.

Königlich Neudorf, am 2. Juli 1923.

Der Standesbeamte. Majewski.

Lampenschirme

werden sauber und billig angefertigt. **Lewinsohn bei Ulrich, ul. Dąbrowskiego Nr. 36 I. r.** [7942

Deutscher Landwirt, polnischer Staatsbürger, **sucht**

Gut von ca. 1500 Mrg.

mit oder ohne eisernem Inventar **zu pachten.** — Angebote unt. **G. 7940** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Achtung! Achtung!

Suche Güter

von 500 bis 5000 Morgen zu kaufen.

Habe zahlungsfähige Käufer stets bei der Hand.

Małecki, Poznań, Rybaki (früh. Fischerei) 20a.

Achtung! Achtung!

Suche Wirtschaften

von 30 bis 300 Morgen zu kaufen.

Gute zahlungsfähige Käufer stets bei der Hand.

Małecki, Poznań, Rybaki (früh. Fischerei) 20a.

Sägewerke oder Mahlmühle

sofort **zu kaufen gesucht.** Off. mit Angabe des äußersten Preises an **„Par", 27. Grudnia 18, Nr. 59,307.**

Arbeits- und Kutschgeschirre

sowie 1 gebr. Zivilsattel verkauft

Razer, Sattlerei, Poznań, ul. Szewska 11.



Sofort lieferbar:

Dr. jur. Fr. Bordihn,

Das positive Recht der nationalen Minderheit.

Preis 24 000 Mark.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Abteil.: Versandbuchhandlung.

Gold Brillanten Silber

Gelegenheitskäufe. Verkauf und Ankauf.

Chwiłkowski,

Poznań, św. Marcin 40.

Tüchtig. energ. Berufsbeamter,

33 J. alt, Pole, mit besten Zeugnissen und langjähriger **Praxis** auf intensiven Wirtschaften Deutschlands, **sucht zum 1. Oktober d. J.** oder später **Stellung** als

Oberinspektor

oder

Verwalter.

Gute Empfehlungen über 8jährige Tätigkeit als Oberinspektor auf 5000 Morgen von renommierten Chefs zur Seite. Offerten unt. **7943** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Freitag, 6. Juli 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 149.

Aus Stadt und Land.

Posen, 4. Juli.

Das veränderte Bild.

Vom Wetter zu reden gilt gewöhnlich als banal. Doch „wes das Herz voll ist, des geht der Mund über". In diesen Tagen, wo wir seit langen Wochen endlich einmal wieder mit unseren Augen sehen können, daß wir über uns noch einen blauen Aether und darüber des Tages den strahlenden Sonnengott und des Nachts die prächtig schimmernden Gestirne oder auch den „goldenen Mond" haben, zwingt uns geradezu, doch auch einmal den Vorwurf der Banalität auf uns zu laden. Vor wenigen Tagen drang aus dem Westen die Kunde zu uns, daß vom Atlantischen Ozean her eine Hitzewelle im Anzuge sei. Wir mißtrauten, durch die Enttäuschungen der letzten Wochen über das angebliche Sichnähern von Hitzewellen gewitzigt, dieser neuen Nachricht — diesmal zu Unrecht. Denn am gestrigen Mittwoch vormittag begannen die dunklen Wolken, die den Himmel nach alter Gepflogenheit der letzten Wochen wieder bedeckten, sich zu zerstreuen, und die Sonnenstrahlen breiteten eine derartige Wärme über die von den Regengüssen durchfeuchtete und abgekühlte Erde, daß man es auf den Straßen deutlich verspürte, wie die kalten Wellen vor den nahenden heißen die Flucht ergriffen. Fleißig kletterte das Quecksilber in die Höhe und erreichte gegen Mittag bereits 20 Grad. Und nun veränderte sich mit einem Schlage in den Nachmittagsstunden das bisher übliche Straßenbild. Erst vereinzelt, dann immer zahlreicher tauchten unsere Damen in den leichten Sommertoiletten aus den gegenwärtig modernen Frottéstoffen auf und belebten das Straßenbild. Wie weggefegt waren die gegen die Unbilden der letzten Regenwochen schützenden Mäntel usw. Der ungewohnte Anblick der hellen, frohen Farben wirkte naturgemäß beruhigend auf unsere Nerven ein, die unter den bisherigen Witterungsunbilden doch schon gewaltig in Unordnung geraten waren. Abends aber genoß man seit langer Zeit einmal wieder den lang entbehrten Frieden eines Aufenthalts im Freien und erfreute sich an den funkelnden Gestirnen über uns, nach des großen Königsberger Weisen Ansicht bekanntlich einer der Beweise für das Dasein Gottes. Entzückt von diesem endlichen Einzug des Sommers sind natürlich unsere Landwirte, denen die Sorgenlast um die arg gefährdete Ernte mit einem Male abgenommen ist. In Jubel schwelgen die Ferienreisenden; es soll trotz aller Valutaschwierigkeiten, Erhöhungen der Eisenbahntarife hüben und drüben, der Phantasiepreise für die Sichtvermerke auf beiden beteiligten Seiten u. dgl., sogar noch Leute geben, die eine Reise in das alte Vaterland wagten. Erfreut ist schließlich jung und alt, und wir alle können diese Freude wirklich einmal brauchen inmitten der Sorgenlast, die die Wahnsinnsteuerung auf allen, aber auch auf allen Gebieten uns bereitet. Nicht weniger als vier Zuschriften, die der Freude über das veränderte Bild Ausdruck gaben, lagen heut beim Beginn der Morgentätigkeit auf unserem Redaktionstische. Eine davon soll in der morgigen Ausgabe zu Worte kommen, da sie einen hübschen Epilog auf die hoffentlich endgültig überwundene Regenperiode bildet. hb.

Eine neue Erklärung des Hausbesitzervereins.

Der polnische Hausbesitzerverein hat sich, offenbar etwas ernüchtert durch die vom „Kurjer Pozn." mitgeteilte Tatsache, daß der Staatsanwalt für die erste, von uns mitgeteilte Erklärung des Vereins wegen der darin enthaltenen Aufforderung zur Eintragung nicht williger Mieter in die Schwarze Liste bzw. zum Boykott nicht williger Hausbesitzer ein sehr großes Interesse bekunde, veranlaßt gesehen, in der Angelegenheit in polnischen Blättern folgende Anzeige zu erlassen:

Da wir auf die zahlreichen Anfragen nicht jedem mündlich antworten können, erklären wir, um jeden Zweifel zu beseitigen, bezüglich unserer Bekanntmachung vom 28. Juni folgendes: 1. Für das Referenzbuch (d. h. die „Schwarze Liste". Die Schriftl.) sollen die Hausbesitzer nur die Mieter angeben, die gegen die Hausordnung verstoßen und berechtigten Forderungen der Besitzer nicht entsprechen. 2. Jedem Hausbesitzer bzw. Verwalter steht es frei, sich mit dem Mieter bezüglich der Höhe der Miete auf Grund des veröffentlichten Regierungsentwurfs für das neue Mieterschutzgesetz gütlich zu verständigen, wobei wir die Hausbesitzer und Hausverwalter nochmals darauf hinweisen, daß die Miete nur in der Höhe anzunehmen sei, in der sie der betreffende Mieter freiwillig zahlen will. Es darf in dieser Hinsicht kein Druck ausgeübt werden.

Diese neue Erklärung bedeutet naturgemäß eine ganz bedeutende Abschwächung der ersten Erklärung, durch die die gewaltige Beunruhigung in die hiesige Mieterschaft hineingetragen worden ist.

Die „Prawda", das Posener Organ der Nationalen Arbeiterpartei, nimmt in Nr. 147 (Donnerstag, 5. Juli) zu der ersten Veröffentlichung des Posener Hausbesitzervereins vom 28. Juni Stellung. Der Schlußteil des längeren Artikels ist der Frage der Mietssätze gewidmet.

Das Blatt sagt, daß die Höhe der Miete, zu der sich die Vertreter der Mieter verstehen könnten, von der genauen Festlegung der Höhe der Arbeiter- und Beamtenbezüge und ihres Verhältnisses zu den Vorkriegsnormen abhängig gemacht werden müsse. Selbst wenn die von der Regierung zur Erläuterung angeführten Ziffern bezüglich der Kaufkraft der Arbeiterlöhne als hinreichend maßgebend angenommen würden, dann müsse man doch zu dem Schluß kommen, daß die Norm 15 Prozent der Vorkriegsmiete und die üblichen Sachleistungen (für Wasser, Licht, Schornsteinfeger, Wächter usw.) die Zahlkraft der Allgemeinheit der arbeitenden Schichten, besonders angesichts der heutigen katastrophalen Finanzlage, durchaus übersteige. Die bisher geltende Rechtslage habe keine Änderung erfahren, und die vom Hausbesitzerverein in der Mitteilung vom 28. Juni festgesetzten Mietssätze seien völlig ungesetzlich. Sie verstoßen gegen das gültige Gesetz und lassen die ausdrückliche Tendenz zutage treten, das Gesetz zu umgehen. Der Parlamentsklub der Nationalen Arbeiterpartei werde nicht unterlassen, sofort nach Zusammentritt des Sejm sich mit den eigenartigen Methoden der Posener Hausbesitzer zu befassen.

Stadtverordnetensitzung.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung kam es zu keinen parteilichen Zusammenstößen. Die nur halbstündige Sitzung nahm einen ruhigen Verlauf und brachte die widerspruchslose Annahme sämtlicher Vorlagen.

Anfrage in einer Straßenbahnangelegenheit.

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung interpellierte der Stadtv. Habel den Magistrat wegen der von zahlreichen Bürgern gewünschten Umlegung einer der nach Jersitz verkehrenden Linien nach der ul. Bukowska (fr. Buker Straße). Die Ausführung der Umlegung dürfte, da die genannte Straße keine Schienen besitzt, große Summen verschlucken. Die Umlegung wird wegen größerer Entfernung von der nächsten Haltestelle der Straßenbahn gewünscht. Ob der Magistrat den Wünschen entsprechen wird, das hängt wohl in erster Linie von finanziellen Rücksichten ab.

Eine Antwort auf die Interpellation wurde nicht erteilt.

Wahlen.

Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Wahl von drei neuen Mitgliedern des Ausschusses für Bau- und Finanzfragen. Gegen die Wahl der vorgeschlagenen Stadtverordneten Kostecka, Tylczyński und Niewitecki wurde kein Einspruch erhoben.

Teuerungszulagen für die Beamten.

Im Sinne des Berichts des Stadtv. Stachecki wurde dann für die städtischen Beamten und Angestellten in Anlehnung an die den Staatsbeamten vom Ministerrat bewilligte Zulage eine solche von 28 Prozent ohne Widerspruch beschlossen. Der Magistrat wurde ermächtigt, während der Ferienzeit nötig werdende Gehaltszulagen ohne vorausgehenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur Auszahlung bringen zu können. Die neu gewährte Zulage macht die Ausgabe einer Summe von 150 Millionen nötig.

Eine Zwei-Millionen-Zloty-Anleihe.

Die Herausgabe von Kommunalobligationen in Höhe von 2 Millionen Złoty wurde vom Stadtv. Wybieralski als Berichterstatter begründet. Die Anleihe soll zum Kauf der Straßenbahnaktien, für den Bau von Wohnhäusern und Berufsschulen, sowie für den Ausbau des Wassernetzes usw. verwandt werden. Die Stadtverordnetenversammlung schloß sich der vorbehaltlosen Annahme der Obligationsvorlage seitens des Ausschusses an. Der Vorschlag des Ausschusses, eine Kommission zur weiteren Förderung und Spezialisierung des Anleiheprojektes einzusetzen, stieß auf keinen Widerspruch. Zur Kommission gehören die Stadtverordneten Bugzel, Kucharski, Pernaczyński, Ziembiński, Dr. Seydlitz, Dr. Wachowiak und der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski.

Als einziger Diskussionsredner wies Dr. Szulczewski darauf hin, daß der Złoty, der ein Sparpapier sein sollte, schlecht und recht zu einem Spekulationspapier geworden sei, und machte sonst noch einen Einwand gegen die mit der Anleihe verbundenen Lasten geltend.

Der Stadtpräsident bemerkte, daß die Lasten getragen werden müßten.

Zum Schluß der Sitzung wurden einige Titelverstärkungen des Feuerwehr- und des Armenhaushaltsvoranschlags beschlossen. Den letzten Beratungspunkt bildete ein Parzellenaustausch zum Zwecke einer Straßenerweiterung. Die betreffende Austauschparzelle gehört der Gesellschaft „Lakoma" und liegt zwischen Grobla (fr. Grabenstraße) und ul. Mostowa (fr. Posadowskystraße). Der Berichterstatter, Stadtv. Ballenstedt, ging auf die Einzelheiten des Austauschprojektes ein und befürwortete, daß der im Sinne der Durchführung des Erweiterungsplanes dem Abbruch anheimfallende Speicher mit seinem Milieu wegen seiner Denkwürdigkeit auf die photographische Platte kommt.

Die beiden letzten Punkte der Tagesordnung, die ebenfalls Parzellenangelegenheiten betrafen, kamen nicht zur Sprache, so daß die Sitzung um 7¼ Uhr ihr Ende fand.

Was in Posen steigt, und was nicht steigt.

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben:

Das einzig stabile in dem wie toll wechselnden Verhältnissen in Posen der letzten Wochen war das Thermometer: es stand immer um 10° Cels., häufig darunter, höher nur selten. Seit zwei Tagen zeigt das Thermometer eine steigende Tendenz, sicherlich zur Freude der Menschheit. Heute früh hatten wir beispielsweise 14° Cels. Hoffentlich hält die Steigerung an, damit der Sommer endlich zu seinem Rechte kommt. Nach den übrigen Steigerungen sehnt sich kein Mensch, die kommen ganz von selbst. Neu hinzugekommen ist seit dem 1. Juli die Steigerung der Mieten, die als Grundlage sich den Goldzloty gewählt hat. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn auch die Einkommen der um ihr Dasein ringenden Bevölkerung auf dieser Grundlage berechnet würden. Dem ist aber leider nicht so, und deshalb hat das Vorgehen des Hausbesitzervereins so viel böses Blut gemacht hat. Verschlimmert hat die Situation noch der angedrohte Boykott der Mieter. Nur so weiter und wir können noch manches Schöne erleben zu allem, was wir schon erlebt haben. —s—

Maßnahmen gegen die Raupenplage.

Unsere Gärten leiden in diesem Jahre nicht nur unter dem infolge des andauernden Regens üppigen Unkraut, sondern auch vieler Orten unter der Raupenplage. Zur energischen Bekämpfung der letzteren fordert die Pommerellische Landwirtschaftskammer durch folgende Bekanntmachung auf, deren Befolgung auch in unserem Gebietsteile von Nutzen sein dürfte:

Die Raupen grassieren hauptsächlich in Obst- und Gemüsengärten, sind auch auf den Obstbäumen, an öffentlichen Wegen und sogar schon auf wilden Obstbäumen zu finden. Heute ist es nicht an der Zeit, diesem oder jenem Landwirt die Schuld zu geben, gegen die bei ihm vorgekommenen Raupen nicht energisch genug vorgegangen zu sein, sondern das Hauptaugenmerk ist jetzt darauf zu richten, daß diese Schädlinge vertrieben und ausgerottet werden. Als besonders wirkungsvoll wird von der P. J. R. folgendes Mittel angegeben: Am frühen Morgen findet man erfahrungsgemäß die Raupen, zu großen Klumpen zusammengeballt, an den Stämmen sitzen. Man nehme nun einen langen Stab, an dessen einem Ende ein mit Petroleum getränkter Lappen anzubringen ist, und wische mit diesem die Raupen hinunter. Man kann den Lappen auch mit Teer tränken, an dem die Raupen dann kleben bleiben. Bei der Benutzung anderer Mittel sei man äußerst vorsichtig, da man mit diesen den Bäumen schweren Schaden zufügen kann (z. B. mit Blausäure, die die menschliche Haut durchfrißt), man benutze sie lieber gar nicht. Zu empfehlen ist auch das Tränken des Lappens mit Karbolineum oder einer Lauge von grüner Schmierseife. Nur wenn mit diesen Mitteln den Raupen ganz energisch zu Leibe gerückt wird, kann man auf eine Besserung der Plage hoffen.

Erhöhung der Teuerungszulagen zu den Arbeiterunfallrenten. Die bisherigen Teuerungszuschläge zu den Arbeiterunfallversicherungsrenten sind mit Rückwirkung bis zum 1. April erhöht worden. Die neuen Zuschläge betragen: Von 50—66⅔ Prozent Beschädigung 60 000 M. monatlich, 66⅔—80 Prozent 90 000 M., von mehr als 80—100 Prozent 120 000 M., für Witwen, Witwer und Anverwandte 60 000 M., für jede Halbwaise 30 000 M., für jede Vollwaise 60 000 M. Den unter 50 Prozent Beschädigten wird keine Zulage zugebilligt.

Konzert. Ada Sari, bekannte Koloratursängerin, erst Sängerin von der großen Oper in Paris und von der Oper „La Scala" in Neapel, die im vorigen Jahre in Posen einen großen Erfolg errungen hat, kommt wieder nach Posen und gibt ein einziges Konzert Dienstag, den 10. d. Mts. im großen Konzertsaale in der Universität. Das Programm umfaßt Operarien von Mozart, Verdi, Thomas, Meyerbeer, Donizetti, sowie die Lieder und Variationen von Mozart mit Flötenbegleitung. Beim Klavier Prof. M. Mikłaszewski, die Flötenpartie übernimmt J. Olisław. Kartenvorverkauf in der Zigarrenhandlung W. Górski (Hotel Monopol).

✕ **Aufgeklärter Einbruchsdiebstahl.** Die vorgestern beschlagnahmte große Silberbeute, die einen Gesamtwert von rd. 60 Millionen Mk. darstellt, hat sehr schnell ihren berechtigten Eigentümer gefunden. Sie war nämlich in der Nacht zum Sonntag auf der Besitzung Szczepawice (fr. Porthof) im Kreise Kosten durch Einbruch gestohlen worden. Ein Teil der Sachen fehlt noch. Der Mann, bei dem die silbernen Wertgegenstände beschlagnahmt wurden, will sie von einem anderen ihm unbekannten Manne erhalten haben.

✕ **Große Diebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses Św. Wojciech 4 (fr. St. Adalbertstr.) wurde Kinderwäsche, gez. B. S., und Damenwäsche, gez. Z. S., im Werte von 3 Millionen Mark gestohlen. Ferner wurden gestohlen: aus einer Fellniederlage am Gerberdamm sieben rohe gesalzene Kuhleder im Werte von 4½ Millionen Mk.; einer Dame auf dem Alten Markt ein Täschchen mit 400 000 Mk. bares Geld und mehreren Wechseln über 8 Millionen Mk.; aus dem Hause Wielkie Garbary 10 (fr. Gr. Gerberstr.) zwei Hilfsmotoren für 6 Millionen Mk.; aus der katholischen Kirche

---

Doppelgänger.

Aus dem Alltag, der Dichtung, der Geschichte und der Mystik.

Von Karl Mischke.

Es gibt Leute mit schlechtem Gedächtnis für Physiognomien. Meist sind diese Personen auch noch etwas kurzsichtig, und das eine ist die Ursache des anderen. Solche Leute sind übel dran, wenn sie genötigt sind, sich viel auf der Straße zu bewegen und dabei Bekannte zu treffen. Wie oft kommt es vor, daß solche Unglücklichen die Bekannten auf der Straße nicht wiedererkennen und daher ohne Gruß vorübergehen! Erschwert wird das Wiedererkennen noch dadurch, daß vielleicht ein Wechsel in der Kleidung stattgefunden hat. Eine Dame kann ganz anders aussehen, wenn sie einen anderen Hut trägt, und im Straßenkleid mit Mantel erkennt man oft die Frau nicht wieder, die man in ihrer Häuslichkeit in Rock und Bluse gesehen hat. Wem es aber öfter begegnet ist, Grüße auf der Straße zu unterlassen, der kommt leicht in die entgegengesetzte Gefahr: er grüßt Leute, die ihn nichts angehen, weil sie irgendjemandem ähnlich sehen, und nun sieht er so aus, als wollte er anbändeln. Wie man es macht, falsch ist es stets.

Aber auch andere Leute, die mit solchem Übel nicht behaftet sind, fallen Irrtümern zum Opfer. Man begrüßt wildfremde Menschen, weil sie Bekannten ähnlich sehen. Jedem ist das schon zugestoßen, ein Beweis dafür, daß solche „frappanten" Ähnlichkeiten viel häufiger sind, als man gemeinhin denkt. Man hat sie nicht bloß bei Brüdern oder Vettern, wo man Familienähnlichkeit begreiflich findet, sondern unter wildfremden Menschen, die nicht das mindeste miteinander zu tun haben.

Recht auffallend und mitunter amüsant ist solche Ähnlichkeit, wenn der Betreffende eine besonders hervorragende Persönlichkeit ist. Ein Freiburger Gelehrter, Alfred Hegar, erzählt von einem Manne, der in dieser Stadt lebte und dem dritten Napoleon sehr ähnlich sah. Weil er sich etwas darauf einbildete, so trug er seinen Bart wie der letzte französische Kaiser. Männer, die in ihrer Gesichtsbildung an den alten Kaiser Wilhelm erinnerten und auch ihre Barthaare so zustutzten (mittellanger Backenbart mit ausrasiertem Kinn), gab es früher nicht selten, es waren meist ältere Offiziere oder Beamte. Sie taten es wohl aus Anhänglichkeit, wirkten aber vielfach als Doppelgänger des Monarchen, [illegible] es soll vorgekommen sein, daß man sie für den Kaiser hielt.

Bei dem letzten Hauptmann-Jubiläum konnte man in den Zeitungen öfters die Bemerkung lesen, daß der Dichter der „Weber" jetzt in Gesicht und Aussehen dem alten Goethe so ähnlich geworden sei. Napoleons scheinen öfter vorzukommen. Den bereits erwähnten Hegar wies ein Nachbar bei einem Festessen auf einen fremden Gast hin, mit den Worten: „Sehen Sie sich einmal den großen Napoleon an!" Der Angeredete war ganz erstaunt über das Abbild des Korsen, nicht nur nach Gesichtszügen, sondern auch nach Statur. Aber nicht nur bei Gleichzeitigen oder Späteren kommen solche „Doppelgänger" vor, sondern auch als Vorläufer finden sie sich. Auf dem Friedhof von Pisa zeigt man berühmte Fresken, von denen eine die Hölle darstellt. Unter den von den Teufeln bös gepeinigten armen Sündern ist einer mit der täuschenden Physiognomie des ersten Napoleon; das Modell, das der Maler bei dieser Gelegenheit abkonterfeit hat, war also ein Vorgänger des großen Kriegshelden.

In Nagoya in Japan steht ein Buddha-Tempel, in dem sich allmählich die Statuetten sämtlicher fünfhundert Apostel Buddhas, die sogenannten Rakan, angesammelt haben. Das Betrachten dieser von verschiedenen Künstlern herrührenden und grundverschiedenen Holzfiguren macht dem europäischen Besucher viel Spaß, und es wird versichert, daß unter den fünfhundert nicht bloß jeder Japaner, sondern auch jeder Europäer seinen Vater herausfinden könne! Das würde einiges erklären, vielleicht gibt es gar nicht so viele verschiedene Gesichtstypen, dafür aber bei einigem guten Willen desto mehr Ähnlichkeiten. Manche treiben ihren Sport damit, solche Ähnlichkeiten aufzufinden, und Albums von Photographien ihren Bekannten zusammenzustellen mit Unterschriften, die auf berühmte Zeitgenossen hinweisen.

In der Literatur, besonders in Romanen und Dramen früherer Zeiten, wurden die aus Ähnlichkeiten entstehenden Mißverständnisse reichlich verwendet, schon im Altertum in der griechischen Komödie, dann bei Shakespeare u. a. m. Neuerdings ist das Motiv als billig in Mißkredit gekommen, vielleicht nimmt sich der Film seiner wieder an. Aber auch die Geschichte kennt solche Doppelgänger, und zwar nicht wenige. Es gab unter den Persern einen falschen Smerdis, bei den Juden einen doppelten Herodes, im Mittelalter einen falschen Hohenstaufenkaiser Friedrich II., einen falschen Sebastian von Portugal und viele andere solche Doppelgänger, die sich für verschollene Thronprätendenten ausgaben. Falsche Demetriusse, Zaren von Rußland, standen sogar drei auf, einer nach dem anderen. Den ersten wollte Schiller zum Helden einer Tragödie machen, er starb darüber hinweg, und sein Fragment fand etwa ein Dutzend unglückliche Fortsetzer, regte außerdem andere zu ähnlichen Werken an. Äußerst romantisch und spannend ist der Roman des falschen Waldemar von Brandenburg, wie ihn Willibald Alexis uns erzählt hat. Dieser Dichter gibt eine hübsche und einleuchtende Erklärung, wie er zu dem Abenteuer gekommen sein mag. Der Markgraf selbst war schuld; er machte sich, wenn er gerade etwas anderes zu tun hatte, das Vergnügen, den ihm ähnlich sehenden Schildknappen mit seinem Lederkoller und seinem Spieß als Vertreter zu irgend einer Regierungshandlung über Land zu schicken. Das schmeichelte dem Burschen, und er lebte sich in die Rolle ein, um sich später, nach vielen Jahren, als der wiedergekehrte, vom Volk zurückersehnte, Verschollene aufzuspielen. Das gelang ihm bekanntlich mit verblüffendem Erfolge, sogar bei den Anverwandten. Sein Sarg wird heute noch in Ballenstedt in der Gruft der echten Askanier gezeigt.

Es kann sein, daß mit diesen Dingen auch die Lehre von der Seelenwanderung etwas zusammenhängt. Eigentlich ist es unlogisch, denn die Seele soll ja in einen anderen Körper wandern, aber Unlogisches gibt es mehr. Es gibt Leute, welche unverkennbare Typen ausgestorbener Menschenrassen wiederholen, etwa des vorgeschichtlichen Neandertalers mit zurückliegender Stirn, mangelndem Kinn, starken Kauwerkzeugen, starken Wulsten über den Augenbrauen, kurzen Beinen usw. Auch Anklänge an Tier-Physiognomien finden sich, einer sieht aus wie ein Affe, ein anderer erinnert an eine Bulldogge, ein dritter aber hat ein Schafsgesicht, ein vierter gleicht einem Habicht. Dazu kommen geistige Eigenschaften: schlau wie ein Fuchs, grausam wie ein Tiger, kühn wie ein Löwe, plump wie ein Schwein — lag da die Idee so fern, diese Menschen seien in einem früheren Leben wirklich solche Tiere gewesen und hätten bei der Wiedergeburt noch Reste ihrer alten Natur behalten?

Pessimisten wie Nietzsche behaupten sogar, alles müsse einmal wiederkehren! Da die Zahl der Atome, wie groß auch immer, doch eine endliche, keine unendliche Zahl sei, da auch die Masse der Kräfte des Weltalls sich stets gleich bleibe, so müsse unter all den vielen, vielen Variationen in der Unendlichkeit der Zeit schließlich doch einmal der Punkt kommen, daß alle Möglichkeiten erschöpft seien und alles wieder von vorn anfange. Davor aber möge uns beide, dich geliebter Leser und mich, den armen Schreiber, unser Herrgott in Gnaden bewahren! Eine Zeit wie die [illegible] genügt es, einmal erlebt zu haben.

in Jersitz ein Weihegeschenk in Gestalt einer Damenkette mit Opal im Werte von 1 Million Mk.

X Beschlagnahmte Diebesbeute. Auf dem 2. Polizeikommissariat in der Wielkie Garbary (fr. Großen Gerberstr.) befinden sich zwei Handtücher ohne Zeichen, eins mit den Buchstaben M. K., eine Serviette, zwei Stücke Leinwand und drei Bettlaken.

Von einem Hunde gebissen. Von dem scharfen Wachhunde eines Kohlenhändlers auf der Wallischei gebissen wurde heute früh ein Bäckerlehrling. Der Schwerverletzte wurde sofort von einem Schutzmann zum Arzte geführt.

☐ **Birnbaum,** 3. Juli. In der Nacht zum Freitag voriger Woche brach in dem Dorfe Muchocin in einem Gutsstalle vermutlich infolge Brandstiftung Feuer aus, dem der Stall samt 50 Metern Nutzholz zum Opfer fiel. Der Schaden ist sehr bedeutend.

* **Bromberg,** 4. Juli. In sämtlichen Möbeltischlereien wird seit Montag infolge Lohndifferenzen gestreikt.

* **Kruschwitz,** 3. Juli. Sonntag mittag fielen auf einer Kahnfahrt vier Personen in den Goplosee, von denen drei gerettet werden konnten, während der vierte ertrank. Nach mehrstündigem Suchen konnte die Leiche geborgen werden. — Ein Hochstapler tauchte hier vor einigen Tagen unter dem Namen eines „Grafen" Henryk Potocki auf. Er gab sich als Historiker und Künstler aus und besuchte die Kirche, wo er starkes Interesse für die Schatzkammer zeigte (die nicht vorhanden ist). Als die Polizei auf den Herrn „Grafen" aufmerksam wurde, verschwand er plötzlich, ohne im Hotel zum „Weißen Adler" die Rechnung bezahlt zu haben.

* **Mogilno,** 3. Juli. Der letzte Wochenmarkt zeigte auch hier anziehende Preise. Butter 9500—10 500 Mk., Eier 7000 Mk. Dabei ist Butter jetzt in Menge vorhanden, und auch Eier kommen genügend heran.

* **Znin,** 3. Juli. Beim Landwirt Maczyewski in Lisznin wurde vor einiger Zeit ein Hund getötet, bei dem Tollwut festgestellt wurde. Das Tier hatte schon einen Knaben und mehrere Stück Vieh gebissen. Über den Bezirk wurde die Hundesperre verhängt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

☐ **Warschau,** 4. Juli. Heute nachmittag hat sich, den „Dep. Poranny" zufolge, der General Josef Trzemeski, Stellvertreter des Sanitätsdepartements im Kriegsministerium, im Hotel „Polonja" erschossen. Als Beweggrund zum Selbstmord hat der General in einem Briefe an die Militärbehörden Lebensmüdigkeit angegeben.

Aus dem Gerichtssaal.

Zwei jugendliche Banditen zum Tode verurteilt.

* Lodz, 26. Juni. Hier wurde unlängst im Hause Mischstraße 19 ein Raubüberfall verübt, dem die ledige, 45jährige Ladenbesitzerin Konstancja Bednarska zum Opfer fiel. Die Bednarska begab sich allabendlich nach Schließung des Ladens in ihre an den Geschäftsraum anstoßende Wohnung, um den Ertrag des Tages zu zählen. An dem betreffenden Tage drangen drei im Alter von 17 bis 19 Jahren stehende Banditen, die eine große Beute erhofften, unbemerkt, in die Wohnung ein, versetzten der Bednarska mit einem Eisenstab einen Schlag auf den Kopf und begannen Geld und Wertsachen zu rauben. Während einer mit dem Durchsuchen der Wohnung beschäftigt war, umwickelte der zweite Bandit dem Opfer den Hals, um ein Schreien zu verhindern und schlug ihm mehrmals auf den Kopf. Die Bednarska gab jedoch noch Lebenszeichen von sich, so daß er ihr schließlich noch einige Messerstiche versetzte. Der dritte Übeltäter stand im Tore Wache. Zum Glück kam gerade der 20jährige Neffe der Überfallenen, Obuchowski, zu seiner Tante zu Besuch. Er fand die Wohnung verschlossen, den Schlüssel außen stecken. Als er innen verdächtige Stimmen hörte, versuchte er die Tür einzuschlagen, worauf die Räuber durch ein kleines Fenster die Flucht ergriffen. Während zweien die Flucht glückte, wurde der dritte durch Obuchowski und die herbeieilenden Passanten und Polizisten festgenommen und nach dem 7. Polizeikommissariat gebracht. Dort wurden die Namen und Personalien der anderen beiden festgestellt, und die Polizei nahm sofort die Verfolgung auf. Die schwerverletzte Bednarska wurde in das Hospital an der Drewnowska gebracht, wo sie ihren Verletzungen erlag. Der auf frischer Tat festgenommene Bandit hieß Bieganowski und seine beiden Komplicen Niedzwiedzki und Grzelak. Letztere beiden wurden noch in derselben Nacht festgenommen und ins Gefängnis gebracht. Alle drei Banditen wurden jetzt in Lodz dem Standgericht zur Aburteilung vorgeführt. Die Angeklagten waren geständig. Nach mehr als einer Stunde wurde das Urteil verkündet, das wie folgt lautete: Gegen Bieganowski und Niedzwiedzki auf Tod durch Erschießen und gegen Grzelak auf lebenslängliches Zuchthaus. — Die Hinrichtung ist bald darauf vollzogen worden. Der 20jährige Kajetan Niedzwiedzki zeigte dabei eine zynische Frechheit. Der 19jährige Piotr Bieganowski dagegen weinte.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Die neuen Mietssteigerungen.

Die Mietssteigerung, wie sie vom hiesigen Hausbesitzerverein beschlossen worden ist, bedeutet mindestens eine Verzehnfachung der bisherigen Mieten. Die Umrechnung aus der Mark- in die Zloty-Währung soll in der Weise geschehen, daß 100 Mark = 123 Zloty gerechnet werden. Wer also früher eine Miete von 100 M. monatlich gezahlt hat, für den stellt sich das Rechenexempel wie folgt: 123 Zloty mal $^{15}/_{100}$ = 18,45 Zloty. Nur fragt es sich, wie hoch der Zloty am Zahlungstage wertet. Gilt er 20 000, so sind es 369 000 M., gilt er 25 000, sind es 460 125 Mark und steigt er auf 30 000 M., dann werden es 553 500 M.! Wohlgemerkt, monatlich, und nur als eigentliche Miete. Die Nebenkosten für Wasser, Gas, Haushälter und Schornsteinfeger bleiben daneben noch bestehen. Wer soll das erschwingen? Die bei uns leider sehr große Bevölkerungsgruppe, die von der beständigen Lebensverteuerung lebt und es bisher sehr geschickt verstanden hat, die Preise ihrer Waren fortgesetzt in die Höhe zu schrauben, wird nicht blöde sein und die aus der Mietssteigerung für sie entstehenden höheren Geschäftsunkosten auf ihre Waren umzulegen; der Verbraucher muß eben wieder mehr zahlen, die Lohnangestellten werden entsprechend höhere Löhne erzwingen, und das wird wiederum alle Waren verteuern und so fort, bis wir zu sowjetrussischen Ziffern kommen. Was aber sollen diejenigen beginnen, die keine Möglichkeit haben, ihre Einnahmen zu steigern? Alte Damen, die von einer kleinen Rente leben und sogenannte Rentner, die einstmals reich waren und jetzt schon bettelarm sind? Sollen diese bei Nichtzahlung auf die Straße gesetzt werden? Auch bei den Lohnangestellten darf die Mietssteigerung nicht in solcher Weise überstürzt werden, wie es die Hausbesitzer wünschen; hier muß es heißen: erst Lohnerhöhung, dann Mietserhöhung, und nicht umgekehrt. Das Verfahren, das die Herren Hausbesitzer sich ausgedacht haben, sieht sehr nach Erpressung aus. Wer nicht zahlt, wie sie es verlangen, kommt auf die „Schwarze Liste". Und wer auf die „Schwarze Liste" gesetzt ist, bekommt keine Wohnung mehr. Eine solche Erpressung ist strafbar. Übrigens sind neun Zehntel der jetzigen Hausbesitzer Leute, die ihre Grundstücke weit unter dem Werte gekauft haben, Leute, die auch sonst es verstanden haben, in wenigen Jahren wohlhabend zu werden. Woher kommt ihr Reichtum? Aus den Taschen der Armen und Ärmsten, denen das tägliche Brot fortgesetzt verteuert wird. Und wie steht es mit den Gegenleistungen der Hauswirte? Wollen sie vielleicht jetzt die Instandsetzung der Wohnungen übernehmen oder soll künftig der Mieter auch noch sich die Öfen selber umsetzen lassen?

Ein Mieter.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Einrichtung einer Devisenkommission in Bromberg.** Die Schritte, die von Bromberger Handels- und Industriekreisen kürzlich beim Finanzministerium unternommen wurden, um die Einrichtung einer Devisenkommission in Bromberg zu erreichen, sind von Erfolg gewesen. Wie wir hören, steht die Einrichtung einer Devisenkommission hier unmittelbar bevor, und zwar soll sie bereits am Freitag dieser Woche ihre Tätigkeit beginnen. Ihr Bereich soll Stadt und Kreis Bromberg sowie ganz Pommerellen umfassen.

≡ **Bevorstehende Verschärfung der deutschen Devisenbestimmungen.** Die Devisenbestimmungen vom 8. Mai werden eine Verschärfung erfahren. Eine wahrscheinlich heute noch zu veröffentlichende Zusatzverordnung dürfte vor allem das erwartete Verbot des Terminhandels in Dollarschatzanweisungen, ebenso des Freiverkehrs in „Schätzen" bringen. In Zukunft wird also lediglich ein Einheitskurs dafür in ähnlicher Weise zustande kommen, wie er seit einiger Zeit für fremde Zahlungsmittel überhaupt üblich ist. Voraussichtlich dürfte auch der Terminverkehr in Effekten, Devisen und Edelmetallen eine Einschränkung erfahren. Mit letzterer Maßnahme beabsichtigt man natürlich, die Spekulation auf ein weiteres Sinken der Mark zu treffen. — Was die Einengung des Handels in Dollarschatzanweisungen betrifft, so ist nicht zu verkennen, daß wahrscheinlich auch der legitime Rohstoffhandel stärker betroffen werden wird. Denn bisher konnte der Saldo, der infolge der Ausschaltung des Devisenfreiverkehrs und der stärkeren Repartierungen übrig gelassen wurde, durch Anschaffung von Dollarschatzanweisungen bis zu einem gewissen Grade befriedigt werden. Diese Deckungsmöglichkeit wird nun ziemlich gering sein, so daß eine neue Umstellung des Rohstoffverkehrs erforderlich werden wird.

≡ **Verbot des Devisenverkehrs mit Lits und Polennoten.** Durch die „Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurse" vom 22. Juni 1923 ist es verboten, gegen Reichsmark oder Wertpapiere jeder Art, die auf Reichsmark lauten, im In- und Ausland solche ausländische Zahlungsmittel zu erwerben oder zu veräußern, für die eine amtliche Notierung in Berlin nicht stattfindet. Da Lits und Polennoten in Berlin amtlich nicht notiert werden und mithin unter dieses Verbot fallen, ist die Handelskammer zu Königsberg im Interesse des Wirtschaftsverkehrs mit den Randstaaten gegen dieses Verbot beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig geworden und hat um sofortige Abhilfe gebeten.

≡ **550 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück.** Der Ankauf von Gold für das Deutsche Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 2. Juli d. Js. ab bis auf weiteres zum Preise von 550 000 M. für ein Zwanzigmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

Von den Aktiengesellschaften.

Durch Verordnung des Ministeriums für Handel und Industrie und des Finanzministeriums vom 12. Juni hat das Towarzystwo Agrarno-Osadnicze „Kolonisator", Aktiengesellschaft in Warschau, die Erlaubnis erhalten, das Anlagekapital unter den in der erwähnten Verordnung aufgeführten Bedingungen zu vergrößern. In Ausführung der Ministerialverordnung gibt der Vorstand der Aktiengesellschaft den Aktionären folgendes bekannt: 1. Die früheren Aktionäre sind berechtigt, das Bezugsrecht der Aufnahme zweier Aktien der neuen Emission für je eine Aktie der ersten Emission zum Emissionspreis von 12 000 Mk. auszuüben. 2. Von den verbleibenden 30 000 Aktien hat der Vorstand der Aktiengesellschaft bestimmt: a) 20 000 Aktien den früheren Aktionären in der Relation von zwei Aktien für eine im Besitz befindliche zum Preise von 17 000 Mk. pro Aktie zuzuweisen; b) die Restaktien in der Zahl von 10 000, sowie die Aktien, auf die die Aktionäre nicht das Bezugsrecht ausüben, wird der Vorstand nach seinem Gutachten zu einem nicht niedrigeren Preise als dem Emissionspreis zuteilen. 3. Die Aktionäre, die das Bezugsrecht ausüben wollen, müssen ihre Zeitausweise anmelden und die ganze Gebühr für die Aktien im Bureau der Aktiengesellschaft bis zum 3. August einzahlen. 4. Die Aktien 2. Emission werden vom 1. Juli ab an den Gewinnen teilnehmen.

Der Vorstand der Aktiengesellschaft „Gnaszyńska Manufaktura" teilt den Aktionären mit, daß die ordentliche Generalversammlung am 26. Juli im Vorstandsbureau in Gnaszyn mit folgender Tagesordnung stattfinden wird: 1. Eröffnung und Wahl des Vorsitzenden; 2. Bericht des Vorstandes für das Jahr 1922, Vorlegung und Bestätigung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode; 3. Tätigkeitsplan und Budget für das Jahr 1923; 4. Entschädigung der Mitglieder des Vorstandes; 5. Vergrößerung des Anleihekapitals durch Neuemission; 6. Vorstandsergänzungswahlen sowie Wahl von Mitgliedern in die Revisionskommission; 7. Anträge des Vorstandes und der Aktionäre.

Der Vorstand der Aktiengesellschaft „Gnaszyńskie Zakłady Ceramiczne" gibt bekannt, daß die ordentliche Generalversammlung der Aktionäre am 26. Juli im Vorstandslokal der Aktiengesellschaft Gnaszyńska Manufaktura" stattfinden wird. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Eröffnung und Wahl des Vorsitzenden; 2. Vorstandsbericht für 1922, Vorlegung und Bestätigung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtszeit; 3. Tätigkeitsplan und Budget für das Jahr 1923; 4. Entschädigung der Vorstandsmitglieder; 5. Wahl von Mitgliedern der Revisionskommission; 6. Vergrößerung des Anleihekapitals durch Neuemission; 7. Anträge des Vorstandes und der Aktionäre.

Der Vorstand der Aktiengesellschaft „Wyroby wełniane i bawełniane M. Silberstein in Lodz gibt bekannt, daß Anmeldungen der Aktionäre zur Teilnahme an der Generalversammlung im zweiten Termin bis zum 10. Juli angenommen werden.

Danziger Vorbörse vom 5. Juli.

Polnische Mark in Danzig	158
Dollar in Danzig	169 000
Englische Pfund	770 000
Französischer Franken	3950
Schweizer Franken	29 400

Danziger Mittagskurse vom 5. Juli.

Die polnische Mark in Danzig	156—158
Der Dollar in Danzig	175 000

Warschauer Vorbörse vom 5. Juli.

Die deutsche Mark in Warschau	0.60
Der Dollar in Warschau	103 000

Der Vorstand der Aktiengesellschaft „Piotrowska Manufaktura" in Lodz gibt bekannt, daß sich die Aktionäre zur Teilnahme an der Generalversammlung im zweiten Termin bis zum 10. Juli anmelden können. Dasselbe teilt der Vorstand der „Przędzalnia wełny czesankowej „Dąbrówka" in Lodz mit.

Von den Märkten.

Holz. In Wilna wurde gezahlt: Kiefernklötzer über 20 cm 200 000—210 000 Mkp. für den Festmeter. Holz zur Papierfabrikation 16—16½ Dollar für das Klafter. Espenholz 23—25 Schilling pro Meter. Stempel (Grubenholz) 2¼—2¾ Pfund Sterling für das Klafter (loko Verladestation). Sleepers 6 Schilling pro Stück. Schwellen 3—3½ Schilling. Bretter für den Export 12—12½ Pfund Sterling pro Standart. Tannenholz um 10 v. H. billiger. Lattenholz 65 000 Mkp. pro Kubikmeter.

Baumaterialien. In Krakau wurde gezahlt: (Alle Preise verstehen sich in 1000 Mk. poln.) Maschinenziegel 1000 Stück detail 1800, en gros 700. Rohziegel 1000 Stck. 1500, gebrannte Dachsteine 1000 St. 1500. Dachreiter pro Stück 5, gebrannter Kalk 600 pro Tonne gewöhnlicher Teer 3,7 pro Kilo, destillierter Steinkohlenteer 3,7, Dachpappe Nr. 50—56, Nr. 120 — 66, Nr. 100 — 86, Nr. 80 — 106; Glas für Bauzwecke pro m² 42, Ornamentglas m² 60, Drahtglas m² 80, tschechisches Glas 100, Dachglas 12 tsch. Kronen, Zement 680 pro 100 Kgr. Bausteine m³ 40, Klinker 2 pro Stck. Karbollineum 6 pro Kgr. Tendenz belebt, besonders für Glas, die Baubewegung stockt, lediglich die staatlichen Bauten brauchen Material.

Papier. In Warschau wurde gezahlt: Dokumentenpapier 26 830, Löschpapier 21 Gr. 45 230, 18 Gr. 48 010, 15 Gr. 52 930, Kanzleipapier 4. Kl. 13 530, 5. Kl. 9730, Briefpapier 6. Kl. satin. 8370, matt. 8120, Druckpapier 6. Kl. satin. 7780, matt. 7530, 7. Kl. satin. 7400, matt. 7030, Zeitungspapier 6800, Rotationspapier 6300.

Metalle. In Berlin wurde gezahlt für elektr. Kupfer 53 070, raff. Kupfer 99 % 46 000—48 000, Orig. Weichblei 18 500—19 500, Rohzink 21 000—22 000, Rem. Zink 16 500—17 000, Orig. Hüttenalluminium 98—99 %, gewalzt, gezogen in Block oder Stab 85 000, Zinn Bank 132 000—134 000, Zinn Straits 132 000—134 000, Zinn austral. 132 000—134 000, Hüttenzinn 99 % 130 000—132 000, Reinnickel 98—99 % 86 000—87 000, Antymon Reg. 18 000—19 000, Silber in Stäben 3 350 000—3 400 000.

Warschauer Börse vom 4. Juli.

Devisen:

Belgien	5200,	Paris	6175,
Berlin	0,61,	Prag	3080,
Danzig	0,61,	Schweiz	18 200,
London	475 000,	Wien	1,44,
Neuyork	104 000,	Italien	4520.

Kurse der Posener Börse.

	5. Juli	4. Juli
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	10 000	10 000
Bank Poznański I.—II. Em.	4250	—,—
Bank Przemysłowców I. Em. o. B.	11 000—10 000	10 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	26 000—25 000	28 000—26 000—28 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	13 000	13 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	2850—2800	2900—2850
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	1300	1200
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	—,—	13 000
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	6000	6000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	75 000—70 000	65 000—75 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	8500	8500
H. Cegielski I.—IX.	7000—6700	7000
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	9500	10 000—9500
C. Hartwig I.—V. Em.	4800	4800—4700
Hartwig Kantorowicz I. Em.	65 000—70 000	55 000—62 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	24 000	25 000—24 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	8000—7500	8000
Iskra I.—III. Em.	21 000—22 000	21 000
Juno I. Em.	—,—	9000
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	270 000-275 000	270 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	110 000-115 000	110 000
Pneumatik	3400-3200-3300	—,—
S. Pendowski I. Em.	—,—	11 000
Płótno I.—II. Em.	14 000—15 000	12 000—13 500—13 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	—,—	9000—8500
Patria I.—VIII. Em.	9000	9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	21 000—20 000	21 000—18 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	45 000	42 000
Sarmatia I.—II. Em.	12 000	—,—
Tkanina I.—IV. Em.	11 500—12 000	10 000—11 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	39 000—38 000	38 000—39 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	—,—	15 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	54 000	50 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht	3300	3400—3300
Wyroby Ceramiczne I. Em.	33 000	—,—
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	36 000—38 000	32 000—36 000

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt).
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

